

DEUTSCHER BUNDESTAG

15. Wahlperiode

Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union

(20. Ausschuss)

1. August 2005

Protokoll Nr. 76

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Protokoll

der 76. Sitzung

des Ausschusses für die

Angelegenheiten der Europäischen Union

am Mittwoch, dem 29. Juni 2005

um 10.00 Uhr im Europasaal (PLH 4.900)

Vorsitz: Abg. Matthias Wissmann

Inhaltsverzeichnis:

	<u>Seite</u>
Tagesordnung.....	3
Anwesenheitslisten.....	6
<u>Einzigter Punkt der Tagesordnung:</u>	
Anhörung „Bilanz – ein Jahr nach der EU-Erweiterung am 1. Mai 2004“ i.V.m.	11
Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Die EU-Erweiterung als Gewinn begreifen – Sicherheit, Wohlstand und Stabilität in ganz Europa stärken (BT-Drucksache 15/2973)	
Antrag der Abgeordneten Michael Kretschmer, Albert Rupprecht (Weiden), Peter Hintze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU Die EU-Erweiterung als Chance und Aufgabe (BT-Drucksache 15/2748)	
Antrag der Abgeordneten Jürgen Türk, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Werner Hoyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP Die Chancen der EU-Erweiterung für Deutschland nutzen (BT-Drucksache 15/2774)	
Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Ernst Burgbacher, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur Erweiterung der Europäischen Union (BT-Drucksache 15/2990)	

DEUTSCHER BUNDESTAG

15. Wahlperiode
Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union

Berlin, den 16.06.2005

Tel.: 30332 (Sitzungssaal)
Fax: 36332 (Sitzungssaal)

Mitteilung

Die 76. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union findet statt am:

Mittwoch, dem 29.06.2005, 10:00 Uhr
Sitzungsort: Europasaal (PLH Saal 4.900)

Die Sitzung ist öffentlich!

**Wegen der geringen Platzkapazitäten für Besucher
ist eine telefonische Anmeldung im Ausschussesekretariat
(Tel.: 030/227-32505) unbedingt erforderlich!**

Tagesordnung

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Anhörung „Bilanz - ein Jahr nach der EU-Erweiterung am 1. Mai 2004“

i.V.m.

Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN

Die EU-Erweiterung als Gewinn begreifen -
Sicherheit, Wohlstand und Stabilität in ganz
Europa stärken

BT-Drucksache 15/2973

Federführend:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Innenausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Kultur und Medien

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Günter Gloser [SPD]

Abg. Peter Hintze [CDU/CSU]

*Abg. Michael Stübgen [CDU/CSU]
Abg. Albert Rupprecht (Weiden) [CDU/CSU]
Abg. Rainer Steenblock [B90/GRUENE]
Abg. Ulrike Höfken [B90/GRUENE]
Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [FDP]*

Antrag der Abgeordneten Michael Kretschmer, Albert Rupprecht (Weiden), Peter Hintze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Die EU-Erweiterung als Chance und Aufgabe

BT-Drucksache 15/2748

Federführend:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Innenausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Kultur und Medien

Haushaltsausschuss

Berichterstatter/in:

Abg. Günter Gloser [SPD]

Abg. Peter Hintze [CDU/CSU]

Abg. Michael Stübgen [CDU/CSU]

Abg. Albert Rupprecht (Weiden) [CDU/CSU]

Abg. Rainer Steenblock [B90/GRUENE]

Abg. Ulrike Höfken [B90/GRUENE]

Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [FDP]

Antrag der Abgeordneten Jürgen Türk, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Werner Hoyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Die Chancen der EU-Erweiterung für Deutschland nutzen

BT-Drucksache 15/2774

Federführend:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Berichterstatter/in:

Abg. Günter Gloser [SPD]

Abg. Peter Hintze [CDU/CSU]

Abg. Michael Stübgen [CDU/CSU]

Abg. Albert Rupprecht (Weiden) [CDU/CSU]

Abg. Rainer Steenblock [B90/GRUENE]

Abg. Ulrike Höfken [B90/GRUENE]

Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [FDP]

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Ernst Burgbacher, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Federführend:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Mitberatend:

Innenausschuss

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch
den Bundeskanzler zur Erweiterung der
Europäischen Union

BT-Drucksache 15/2990

Berichterstatter/in:

Abg. Günter Gloser [SPD]

Abg. Peter Hintze [CDU/CSU]

Abg. Michael Stübgen [CDU/CSU]

Abg. Albert Rupprecht (Weiden) [CDU/CSU]

Abg. Rainer Steenblock [B90/GRUENE]

Abg. Ulrike Höfken [B90/GRUENE]

Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger [FDP]

Experten:

Prof. Irena Lipowicz, Sonderbeauftragte Botschafterin des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten für deutsch-polnische Beziehungen

Prof. Dr. Gesine Schwan, Koordinatorin für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

Prof. Dr. András Inotai, Leiter des Weltwirtschaftsforschungsinstitutes der Ungarischen Akademie der Wissenschaften

Prof. Dr. Egon Görgens, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Bayreuth

Michael Sommer, Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes

Staatsminister Hermann Winkler, Chef der Sächsischen Staatskanzlei

Bernhard Welschke, Leiter der Abteilung Europapolitik, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Matthias Wissmann, MdB

Vorsitzender

»Anzahl Seitenwechsel für Anwesenheitslisten einfügen«

Einzigster Punkt der Tagesordnung:
Anhörung „Bilanz - ein Jahr nach der Erweiterung am 1. Mai 2004“

Der **Vorsitzende** eröffnet die 76. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union und begrüßt die sachverständigen Gäste. Er bemerkt, dass sich der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union trotz der möglichen Neuwahlen für die Durchführung der Anhörung aufgrund der Wichtigkeit des Themas entschieden habe. Er begrüßt Sv Prof. Lipowicz, Sonderbeauftragte Botschafterin des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten für deutsch-polnische Beziehungen, Sv Prof. Dr. Schwan, Koordinatorin für die deutsch-polnische zwischengesellschaftliche und grenznahe Zusammenarbeit, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Sv MP Prof. Dr. Milbradt, welcher als hochrangiger Ersatz für Staatsminister Winkler kurzfristig sein Kommen zugesagt habe, um über die Erfahrungen des vergangenen Jahres in den Grenzregionen Sachsens zu berichten, Sv Prof. Dr. Inotai, Leiter des Weltwirtschaftsforschungsinstitutes der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, Sv Prof. Dr. Görgens von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth, Sv Prof. Dr. Troge, Präsident des Umweltbundesamtes, welcher über die umweltpolitischen Entwicklungen nach der Erweiterung berichten werde, Sv Welschke, Leiter der Abteilung Europapolitik des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. und als Ersatz für den kurzfristig verhinderten Bundesvorsitzenden Sommer, Sv Beck vom Deutschen Gewerkschaftsbund.

Sv Prof. Lipowicz kündigt an, dass sie ihre einleitende Rede ergänzend zu ihrer schriftlichen Antwort stichwortartig halten wolle und auf die Fragen des Ausschusses in der anschließenden Fragerunde einzelne Punkte näher ausführen werde. Im Vorfeld der Erweiterung der Europäischen Union sei diese zwar einerseits als Wiedervereinigung und Zusammenwachsen der alten Teile Europas charakterisiert worden, andererseits aber immer von den Befürchtungen der Experten begleitet gewesen, die eine Lawine Arbeitssuchender prophezeit hätten. Jene müssten ein Jahr nach der Erweiterung konstatieren, dass die große Abwanderung ausgeblieben sei. Die Zahl der Polen, die im Ausland Arbeit suchten sei um 20 % gestiegen; deren Suche konzentrierte sich jedoch weniger auf die Länder Kerneuropas, sondern auf die, die sich den polnischen Arbeitskräften öffneten, so dass es einen starken Zuwachs der polnischen Arbeitskräfte in Irland gegeben habe. Bei einem Zusammentreffen des polnische Ministerpräsidenten mit dem irischen Ministerpräsidenten habe jener am Ende eines Gesprächs gefragt, ob

dieser nunmehr über die Probleme Irlands mit den polnischen Arbeitern sprechen wolle, worauf dieser entgegnet habe, dass es in Irland keine diesbezüglichen Probleme gebe. Diese Anekdote zeige, dass Irland zu den Ländern gehöre, die eine neue Dynamik prägten und angesichts der geringen Bevölkerungszahlen mit dem Zulauf von 20.000 polnischen Arbeitern ein Problem haben könnten, aber offensichtlich sehr zufrieden sei. Der größte Partner Polens bleibe jedoch Deutschland, doch auch dorthin habe keine lawinenartige Abwanderung stattgefunden, sondern viele Menschen, die dort bereits gearbeitet hätten, hätten die neue Situation dazu genutzt, ihren Aufenthalt in Deutschland zu legalisieren. Diese Legalisierungswirkung der Erweiterung sei zu begrüßen. Aktuelle Befragungen in Polen zeigten keinen Emigrationsdrang; umgekehrt äußerten die jungen Polen häufiger als vor dem Beitritt den Wunsch in Polen zu bleiben. Die jungen dynamischen Arbeitskräfte würden in Polen benötigt und zeigten kein Interesse abzuwandern. Ein neues Phänomen sei zu beobachten: Weltfirmen gründeten in Polen Dienstleistungszentren, in denen junge Informatiker und Ingenieure gefragt seien. Während der letzten 15 Jahre habe sich die Zahl der Studenten in Polen vervierfacht. Die Anzahl der Studenten in Polen und Deutschland sei annähernd gleich, obwohl die Bevölkerung Polens halb so groß sei. Das Universitätsstudium sei in Polen derart populär geworden, dass die jungen Menschen bereit seien, an Wochenenden zu studieren, für das Studium zu zahlen und zu arbeiten. Die Prophezeiung, dass der Sozialbetrug zunehmen werde, habe sich ebenfalls nicht bewahrheitet. Diese Ängste seien insbesondere in Großbritannien laut geworden und würden von aktuellen Berichten, die von 35 bis 56 Fällen berichteten, in denen Menschen in der Absicht, die britischen Sozialsysteme zu nutzen, nach Großbritannien ausgewandert seien, widerlegt. Die polnische Bevölkerung habe sich weniger mobil als erwartet gezeigt, obwohl Polen nach wie vor ein Abwanderungsproblem habe. Dennoch sei zu beobachten, dass sich die kulturelle Bindung der Bevölkerung verstärkt habe. Auf dem Immobilienmarkt gebe es Bewegung, Immobilien in Warschau, Posen und Katowice würden insbesondere von Spaniern, Portugiesen und Iren erworben. Das Investitionsvolumen sei stark gestiegen und 20 % mehr Touristen besuchten Polen. Die Vorhersage, dass Polen in den Grenzgebieten auf den Arbeitsmarkt drängen würden, habe sich nicht realisiert. Allerdings würden leerstehende Wohnungen in Ostdeutschland von polnischen Studenten gemietet und in ostdeutschen Städten, in denen die Ärzteinfrastuktur gefährdet sei, weil keine Ärzte mehr in den Krankenhäusern arbeiten wollten, werde um polnische Ärzte geworben. Die skandinavischen Länder lockten polnische Arbeitskräfte mit wesentlich besseren Bedingungen als Deutschland oder Frankreich, wie beispielsweise mit kostenlosen Schulungen in Polen, der Garantie eines Ar-

beitsplatzes für Familienmitglieder und einer staatlich unterstützten Rückkehrgarantie. Zahlreiche Krankenschwestern und Ärzte hätten bereits von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, so dass innerhalb Polens ein Mangel an den in ganz Europa gefragten polnischen Krankenschwestern befürchtet werde. Zur Förderung des kulturellen Zusammenwachsens sei ein Projekt ausgeschrieben worden, bei dem polnische und deutsche Regionen Vorschläge für gemeinsame Aktivitäten unterbreiten sollten. Die Initiatoren hätten einige 100 Projekte erwartet, tatsächlich seien 2.000 Vorschläge eingegangen, von denen dank der bestehenden Städtepartnerschaften 1.000 Projekte realisiert worden seien. Sachsen sei zusammen mit Wrocław, das mit der Premiere von Richard Wagners „Siegfried“ den Auftakt des deutschen Teils dieses Jahres in Polen gebe, ein Musterbeispiel. Es handele sich nicht um ein deutsches Jahr in Polen, sondern in beiden Ländern um ein deutsch-polnisches Jahr.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für die Ausführungen von Sv Prof. Lipowicz und alle schriftlichen Antworten, die bereits eingegangen seien.

Sv Prof. Dr. Schwan stimmt den Ausführungen von Sv Prof. Lipowicz zu den Bereichen Kultur und Wissenschaft zu. Auch sie habe die Erfahrung gemacht, dass es im kulturellen Bereich eine enorme Zahl von Initiativen gebe und das deutsch-polnische Jahr einen zusätzlichen Schub verliehen habe. Eine allgemeine Erfahrung sei, dass die Deutschen, die sich in grenznahen Bereichen gegen die Erweiterung gesperrt hätten, mit deren Vollzug den „fait accompli“ akzeptierten und aktiver in die Zukunft blickten. Die Handwerks-, Industrie- und Handelskammern berichteten, dass deren langjähriges Bemühen, die gemeinsamen wirtschaftlichen Tätigkeiten durch Rechts- und Finanzkurse voranzubringen, endlich angenommen werde. Dies zeige, dass in der Politik vorwärts gewandte Entscheidungen getroffen werden müssten, um die Menschen dazu zu bringen, die Chancen dieser Entscheidungen wahrzunehmen und sich nicht alleine mit den Befürchtungen zu beschäftigen. Unternehmervverbände in Brandenburg verzeichneten einen deutlichen Exportzuwachs nach Polen. Dies solle nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach wie vor Ängste und Sorgen sowie eine Asymmetrie zwischen Polen und Deutschen existiere. Die Polen wüssten mehr über Deutschland, seine Kultur und Sprache als umgekehrt. Im deutsch-polnischen Verhältnis bleibe die Sprachbarriere das zentrale Hindernis, da Sprache nicht nur technisches Kommunikationsmittel, sondern Kulturträger einer Nation sei. Polen reagierten mit großer Dankbarkeit, wenn sich Deutsche um das Erlernen ihrer Sprache bemühten. Im Bereich der Wissenschaft sei zu kritisieren, dass in vie-

len deutschen Universitäten die Polonistik eingestellt worden sei. Es gehe ein schlechtes Signal aus, wenn an der Humboldt-Universität der traditionsreiche Fachbereich der Polonistik zugunsten der Westslawistik aufgehoben werde, denn im Gegensatz zu Deutschen definierten sich Polen nicht in erster Linie über die Wirtschaft sondern über die Kultur. Auch der deutschen Wirtschaft helfe daher die Kenntnis der polnischen Kultur. In Polen seien neue Schulen für deutsches Recht gegründet oder erweitert, zahlreiche neue Kontakte zwischen Polen und Deutschen ins Leben gerufen worden, wobei es diese Bewegungen nicht erst seit dem 1. Mai 2004 gebe. Einen Missstand sieht Sv Prof. Dr. Schwan darin, dass gegenwärtig die Philosophie vorherrsche, der gegenseitige Wettbewerb stärke die nationalen Universitäten. Nach der Philosophie der Viadrina gehe es nicht darum, die Polen dazu zu bringen, sich gegenüber den Deutschen zu profilieren, sondern eine gemeinsame Identifikationsgrundlage mit Europa zu schaffen. Die gegenwärtige Situation der Europäischen Union zeige, dass in Zukunft eine erhebliche Zahl von gut gebildeten Verantwortungs- und Entscheidungsträgern von Nöten sein werde, die sich nicht lediglich als nationale Konkurrenzträger verstünden, sondern gemeinsam mit der Europäischen Union identifizierten. Sie bitte daher darum, das Wettbewerbsprinzip nicht zu verabsolutieren. Es müsse deutlich gemacht werden, dass es in Europa auch den Gedanken der gemeinsamen Identifikation mit der Europäischen Union und dem gemeinsamen Bildungsziel gebe. Diese Art von Kooperation, die die Viadrina praktiziere, finde in der Tendenz Nachahmer: Gemeinsam mit Sv Prof. Lipowicz verfolge sie das Projekt einer polnisch-ukrainischen „Viadrina 2“, da trilaterale Kooperationen förderungswürdig seien und sie beide ihre Erfahrungen mit grenzüberschreitender Zusammenarbeit weitergeben könnten. Die deutsche Rektorenkonferenz habe erfreulicher Weise ein Programm für die Unterstützung deutsch-polnischer Zusammenarbeit ausgeschrieben.

Zu den Auswirkungen der Referenden in Frankreich und den Niederlanden auf die weitere Entwicklung sei zu sagen, dass sich am Beispiel Polens zeige, wie heikel die Situation sei. Nachdem ursprünglich die politischen Verantwortungsträger in Polen gezittert hätten, ob es eine Mehrheit für den Beitritt zur Europäischen Union geben werde, habe sich die Bevölkerung im Gegensatz zu den politischen Verantwortungsträgern in Polen immer stärker für die Verfassung ausgesprochen. Nach den beiden negativen Referenden gebe es sehr unterschiedliche, zum Teil politisch-taktische Positionen. In der Presse werde vom Triumph derer, die sich gegen die Verfassung ausgesprochen hätten, gesprochen, so dass diejenigen, die für die Europäische Union kämpften, große Anstrengungen unternehmen müssten, um zu verhindern, dass dieses Triumphgefühl nicht um sich greife und die proeuropäische Stimmung, die aus

ökonomischen Gründen entstanden sei, weil beispielsweise die Landwirte erkannt hätten, dass die Bedingung die Modernisierung zu fördern, der Landwirtschaft sehr zugute gekommen sei, erhalten bleibe. Es komme entscheidend darauf an, dass die „alten“ Mitgliedstaaten der Europäischen Union deutlich machten, dass der Verfassungsvertrag eine Chance darstelle. Eine Hauptaufgabe der nationalen wie der europäischen Politik sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt deutlich zu machen, dass die Mitgliedstaaten nur gemeinsam weiterkommen könnten und gegeneinander keine Erfolge zu erzielen seien.

Der **Vorsitzende** dankt Sv Prof. Dr. Schwan und bemerkt, dass in dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union ein starkes, parteiübergreifendes Bewusstsein dafür bestehe, dass Sensibilität in den Gesprächen von Moskau über Königsberg bis Paris erforderlich sei und der Gedanke an die polnischen Nachbarn dabei nie aufgegeben werden dürfe.

Sv Prof. Dr. Inotai gesteht, in der Vorbereitung dieser Anhörung einen inneren Kampf ausgefochten zu haben, da er im Zweifel darüber gewesen sei, ob er als Ungar sprechen solle, der über die ungarischen Erfahrungen und Erwartungen berichtet, als Europäer, als welcher er sich lange, bevor die Zweiteilung Europas beseitigt worden sei, bezeichnet habe, oder als Direktor eines Instituts, das sich mit der Weltwirtschaft beschäftige, von welcher Europa ein unabdingbarer Teil sei. Es sei vorzuschicken, dass die Europäische Union von den weltwirtschaftlichen Entwicklungen Kenntnis nehmen müsse, da die Welt anderenfalls zukünftig keine Kenntnis von der Europäischen Union nehmen werde. Die wirtschaftlichen Konsequenzen der Erweiterung könnten nur in der Rückschau der vergangenen zehn bis 14 Jahre beurteilt werden, denn wirtschaftliche Prozesse seien nicht mit historischen Daten gleichzusetzen. Der 1. Mai 2004 sei ein bedeutsames Datum für Historiker, Politiker und die Bevölkerungen der Mitgliedstaaten, stelle aber tatsächlich einen Punkt innerhalb eines langen Prozesses dar, der früher begonnen habe und weit über das Erweiterungsdatum hinausgehe. Europa sei durch den Handel, die Kapitalströme und die Bürger wirtschaftlich zusammengewachsen. Es sei äußerst kompliziert unterschiedliche überlappende Entwicklungen und deren Konsequenzen zu differenzieren. Aufgrund der Schwierigkeit, eine differenzierte Betrachtung vornehmen zu können, bestehe die Gefahr, dass immer wieder jemand oder etwas zum Sündenbock für Fehlentwicklungen und Misserfolge erklärt werde. In der Diskussion um die Folgen der Erweiterung sei zu differenzieren, welche Einwirkungen von der Weltwirtschaft herrührten, was direkt auf die Erweiterung zurückgeführt werden könne und was der einheimischen Wirt-

schaftspolitik an positiven oder negativen Entwicklungen zuzuschreiben sei. In den meisten Fällen seien die Konsequenzen der versäumten Reformen zu beobachten. Sv Prof. Dr. Inotai bemerkt, die neuen Mitgliedstaaten seien vor der Erweiterung nicht gefragt worden, wie sie sich eine Europäische Union vorstellten, der sie beitreten. Fest stehe, dass die neuen Mitgliedstaaten ein starkes, konkurrenzfähiges, global wirkendes und gleichzeitig solidarisches Europa anstrebten und nicht an einer Europäischen Union interessiert seien, die lediglich das Schlusslicht der Weltwirtschaft bilde und Probleme beklage, ohne Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Daher bestehe die gemeinschaftliche Aufgabe darin, die Bedeutung Europas in der Welt zu steigern und die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen. Vor der Erweiterung habe es auf beiden Seiten Ängste gegeben. Pauschal könne zusammengefasst werden, dass die Erweiterung weder zu einer Katastrophe noch zu einem Wunder geführt habe. Als Ungar wolle er zu dem Arbeitskräfteproblem bemerken, dass die ungarische Arbeitskraft immobil sei. Deutsche Unternehmen in Ungarn würden sich beklagen, dass immer weniger Fachkräfte in Ungarn zur Verfügung stünden und daher ihre Investitionen nicht oder nicht in entsprechendem Umfang verwirklicht werden könnten. Mehrere 1.000 Slowaken würden in deutschen multinationalen Unternehmen in Ungarn arbeiten, da ungarische Arbeitskräfte nicht bereit seien, vom Osten in den Westen zu ziehen, weil in Ungarn 92 % der Bevölkerung in ihren eigenen Wohnungen lebten. Ein einfaches Rechenbeispiel verdeutliche, dass es sich aufgrund dieser Tatsache finanziell nicht lohne aus der Heimat zu emigrieren: In Ungarn erhalte ein Ungar zwar nur 60 % des Lohnes, den er in Österreich erhalten würde; würde er aber nach Österreich ziehen und die Hälfte seines Einkommens darauf verwenden eine Wohnung zu mieten, lohne eine Emigration aus wirtschaftlicher Sicht nicht. Dieses Argument bewege viele gut ausgebildete Arbeitskräfte, in der Heimat zu verweilen. Sv Prof. Dr. Inotai betont, im Zuge der Erweiterung mit der Regelung der meisten Länder, ihren Arbeitsmarkt nicht gleich und voll zu öffnen, mehr als einverstanden gewesen zu sein. Aus der internationalen Erfahrung sei bekannt, dass Kapital und Arbeit zueinander flössen, so dass bei geöffneten Arbeitsmärkten das Kapital zur Arbeit fliesse. In der gegenwärtigen Modernisierungsphase Ungarns und der anderen ost-/mitteleuropäischen Mitgliedstaaten sei es wesentlich wichtiger, zehn bis 20 Milliarden Euro an Neuinvestitionen zu erhalten als 200.000 ausgebildete Arbeitskräfte zu exportieren. Der „Faktor Mensch“ sei zu einer Schlüsselfrage der weltwirtschaftlichen und nachhaltigen Entwicklung geworden und keine Modernisierung trage langfristig Früchte, wenn es an gut gebildeten Arbeitskräften fehle. Innerhalb Ungarns habe es im Zusammenhang mit der Erweiterung ebenfalls unbegründete Ängste gegeben, wie die Angst

vor einer Inflation, zu der es nicht gekommen sei. Es sei die Befürchtung, dass es zu Spannungen auf dem Arbeitsmarkt kommen werde - tatsächlich sei die Arbeitslosenquote Ungarns die niedrigste der neuen Mitgliedstaaten mit unter 7 % - vernehmbar gewesen. Die Bedenken, dass kleine und mittlere Unternehmen zu Grunde gehen würden, könnten weder widerlegt noch bekräftigt werden, da dies sehr von deren individueller Prägung abhängt. Es sei auch befürchtet worden, dass Ungarn ein Nettozahler werden würde, was sich ebenfalls nicht bestätigt habe.

Sv Prof. Dr. Inotai schließt mit einigen Kommentaren aus europäischer und deutscher Sicht. Während Kommissar Verheugen mehrmals bestätigt habe, dass diese Erweiterung die am besten vorbereitete Erweiterung der Europäischen Union darstelle, sei im Rahmen des französischen Referendums argumentiert worden, die Bevölkerung sei auf die Erweiterung nicht vorbereitet gewesen. Die Tatsache, dass eine solche Aussage von Leuten, die die Beitrittskandidaten wegen deren Vorbereitungsdefiziten gerügt hätten, getroffen werde, sei vor dem Hintergrund der vergangenen 15 Jahre bedauerlich. Rückblickend seien die Beitrittsländer offensichtlich besser vorbereitet gewesen. Sv Prof. Dr. Inotai befürchtet, dass dieses Argument in Polen oder Ungarn eine antieuropäische Stimmung stärken könne, da es offensichtlich nicht der Wahrheit entspreche und ein sehr negatives Bild auf die EU-15 werfe. In Europa seien große Veränderungen in der Wirtschaft vorgenommen worden: 2004 habe Deutschland mehr aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn importiert als aus Frankreich. Im Bereich der verarbeitenden Güter mache dieser Unterschied 50 % aus. Dies sei eine wirtschaftspolitische Verschiebung des Wachstumszentrums Europas, die sich in Zukunft noch verstärken werde. Ungarn sei sehr daran interessiert den Erweiterungsprozess der Europäischen Union fortzuführen, da es an sieben Staaten (Österreich, Slowakei, Slowenien, Rumänien, Kroatien, Serbien und die Ukraine) grenze, welche bereits Mitgliedstaaten der Europäischen Union seien oder möglicherweise werden würden. Eine Entwicklung der Infrastruktur Ungarns sei daher im grundlegenden Interesse eines nachhaltigen Wachstums für ganz Europa. Diesen Aspekt empfehle er bei den Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 mit zu berücksichtigen. Es fehle an einer europäischen Diskussion um die Finalität der Europäischen Union und die Schaffung eines global wirkenden Europas. Dazu seien Selbstvertrauen, der Abbau von Stereotypen und Offenheit unerlässlich. Daher müssten Kontakte zwischen den Bevölkerungen forciert werden.

Der **Vorsitzende** dankt Sv Prof. Dr. Inotai für den Beitrag und bemerkt, dass aus den bisherigen Beiträgen eine überwiegend positive Stimmung zu entnehmen sei, welche in Kontrast zu der Stimmungslage stehe, die in den Bevölkerungen der alten Mitgliedstaaten herrsche. Daher sei die Stellungnahme von Sv MP Prof. Dr. Milbradt interessant, der politischer Verantwortungsträger in einem Bundesland sei, das unmittelbar an die neuen Länder grenze und enorme wirtschaftliche Herausforderungen zu bewältigen habe.

Sv MP Prof. Dr. Milbradt führt aus, die Stimmung in der sächsischen Bevölkerung sei einheitlich. In der Bewertung des 1. Mai 2004 stimme er Sv Prof. Dr. Inotai zu, dass er nur ein Datum innerhalb eines langen Prozesses darstelle. Europa befinde sich in einem Prozess, der seit 15 Jahren im Gange sei und eine ganze Generation andauern werde. Dies gelte sowohl für das Zusammenwachsen im kulturell-menschlichen Bereich als auch für die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das Interesse am Zusammenwachsen im Bereich der Kultur sei durch den Beitritt der Nachbarstaaten Polen und Tschechien gewachsen und werde durch das deutsch-polnische Jahr verstärkt. Sachsen habe mit den Nachbarn in Niederschlesien das Projekt einer europäischen Kulturhauptstadt Görlitz / Zgorzelec 2010 kreiert, welches ein symbolträchtiger Akt für das Zusammenwachsen an einer schwierigen Grenze in Europa sei. Im universitären Bereich sei der Austausch in vollem Gange; allerdings müsse er einräumen, dass auf beiden Seiten ein größeres Interesse an den USA als untereinander bestehe. Dies zeige sich daran, dass die begabten Studenten nach Amerika gingen und sich die „zweite Garnitur“ um die gegenseitigen Austausche als zweitbeste Lösung bemühten. Sv MP Prof. Dr. Milbradt erklärt, dass in Deutschland ein deutliches Manko an Sprachkompetenz bestehe. Im Vordringen befindlich bleibe das Bemühen um die westeuropäischen Sprachen, während auch im Osten Deutschlands die Nachfrage nach der russischen Sprache stark zurückgegangen sei. In Sachsen lernten mehr Schüler Spanisch als Tschechisch und Polnisch zusammen. Deutschland sei in den vergangenen 15 Jahren stark auf Westeuropa ausgerichtet gewesen. Er habe häufig in Diskussionen bemerkt, dass Polen und Deutsche gleichermaßen nach Westen blickten und daher Deutsche keinen Blick für Polen und Polen lediglich einen flüchtigen Blick für Deutschland hätten, was nur mittelfristig zu ändern sei.

Durch den Wegfall der Zollkontrollen habe der Grenzverkehr schlagartig zugenommen. Prognosen sagten eine Steigerung des Pkw-Verkehrs um 50 % und eine Verdreifachung des Lkw-Verkehrs bis 2015 voraus. Die Verkehrsinfrastruktur zwischen der EU-15 und den zehn neuen Mitgliedstaaten sei völlig unzureichend. Diese Grenzen seien in der Verkehrsinfrastruktur

nach wie vor erkennbar; für ein Zusammenwachsen sei aber eine Verkehrsinfrastruktur von Nöten, wie sie zwischen den westeuropäischen Staaten existiere. Daher plädiere er dafür, Verkehrsprojekte zur Forcierung des Zusammenwachsens der Europäischen Union in Angriff zu nehmen, wie es sie in Deutschland nach der Wiedervereinigung gegeben habe. Die Einfuhr der ostdeutschen Länder – er differenziere bewusst zwischen ostdeutscher und gesamtdeutscher Statistik - nehme weitaus stärker zu als der Außenhandel. Sv MP Prof. Dr. Milbradt zitiert die Zahlen für Sachsen, wonach 1998 aus den zehn Beitrittsländern Einfuhren in Höhe von 1,2 Mrd. Euro bzw. 21 % erfolgt und 2004 auf 3,1 Mrd. Euro gestiegen seien. Der Anteil der Beitrittsländer an der Gesamteinfuhr sei von 21 % auf 32 % gestiegen. Sachsen habe 1998 Ausfuhren von 1 Mrd. Euro gehabt, welche 2004 auf 1,8 Mrd. Euro erhöht worden seien. Der Anteil der Beitrittsländer an der Gesamtausfuhr sei von 13 % auf 11 % zurückgegangen. Diese Zahlen dokumentierten, dass es ein massives regionales Handelsbilanzdefizit mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn gebe, was zeige, dass eine Verlagerung von Produktion in hohem Maße stattgefunden habe. Die Arbeitskräfte müssten nicht wandern, es genüge, wenn das Kapital wandere und die Arbeitsplätze verlagert würden, was angesichts erheblicher Arbeitskostendifferenzen statfinde. Die Arbeitskosten pro Stunde hätten 2003 in Westdeutschland 27 Euro, in Ostdeutschland 16,86 Euro, in Tschechien 4,30 Euro, in Ungarn 4,04 Euro, in Polen 3,27 Euro und in der Slowakei 3,22 Euro betragen. Die Umgruppierung in den Produktionsstandorten sei in vollem Gange und resultiere nicht allein aus dem Beitritt, sondern aus den seit zehn Jahren bestehenden Freihandelsbeziehungen. Aus den Aus- und Einfuhrzahlen könne nicht geschlussfolgert werden, dass in den ostdeutschen Ländern Arbeitsplätze durch die Erweiterung oder den internationalen Handel geschaffen worden seien. Er müsse vielmehr konstatieren, dass Arbeitsplätze weggefallen seien. Mit den westeuropäischen Ländern sei der Außenhandel Sachsens erheblich gesteigert worden, was mit der sächsischen Wirtschaftsstruktur und Chipindustrie zusammenhänge, deren Produkte in die großen Märkte wie USA und Asien verkauft würden. Dieser Produktionszuwachs kompensiere aber nicht den Arbeitsplatzwegfall in den arbeitsintensiven Sektoren, was eines der Hauptprobleme Deutschlands kennzeichne. Trotz der Exportstärke könnten die Gewinne des Außenhandels nicht in vollem Umfang ausgeschöpft werden, weil der innere Umstrukturierungsprozess, der beim Außenhandel zur Vorteilssicherung unerlässlich sei, nicht in vollem Umfang wirke. Die Spitzensektoren würden wachsen, aber es gelinge Deutschland nicht Arbeitskräfte von Bereichen, die abgebaut werden müssten, in die Wachstumsbereiche zu transferieren. Es gebe zu wenig Flexibilität zwischen verschiedenen

Berufsgruppen. Erschwert werde dieser Umstand dadurch, dass es bei den unteren Qualifikationen in besonderem Maße Wettbewerb mit Osteuropa gebe und angesichts der deutschen Lohnstruktur und der unterschiedlichen Sozialpolitik der Länder in dem unteren Lohnbereich Arbeitsplätze verloren gingen und hohe Arbeitslosigkeit herrsche. In Ostdeutschland existiere beispielsweise eine konkurrenzfähige Fahrradindustrie. Das Speichenflechten sei bislang weder mechanisiert noch automatisiert worden, müsse mit der Hand vorgenommen werden, stelle insofern einen hohen Lohnkostenfaktor dar und werde daher in den Nachbarländern produziert. Diese Wanderungsbewegung müsse durch Lohnergänzungsleistungen statt Lohnersatzleistungen kompensiert werden. Das Lohnsystem sei in den unteren Bereichen völlig unflexibel und führe zur Konkurrenzunfähigkeit mit polnischen und tschechischen Standorten, was Arbeitslosigkeit zur Folge habe. Bisher fehle eine zureichende Antwort auf die gegebene Inhomogenität zwischen den 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Vorstellung, dass die Inhomogenität nur von kurzer Dauer sein werde und die Osteuropäer sich mit der Konsequenz der Lohnsteigerung anpassen müssten, sei nicht richtig. Westeuropa fehle die Antwort auf die zunehmende Differenzierung in Europa. Das „Zusammenschieben“ von Staaten, wie es bislang praktiziert werde, sei an der Realität gescheitert. Es müssten Strategien im Umgang mit den Unterschiedlichkeiten gefunden werden. Die Unterschiede müssten als Motor für Veränderung und Fortschritt begriffen werden. Die bisher getätigten Aussagen zu der Wanderungsbewegung von Arbeitskräften müssten in Rechnung stellen, dass im Augenblick Wanderungsbewegungen nicht legalisiert seien. Daher seien die Zahlen mit Ausnahme von Irland nicht aussagefähig. Sv MP Prof. Dr. Milbradt geht davon aus, dass es - wenn überhaupt - Wanderungsbewegungen in die Zentren geben werde. Die Grenzregionen rechneten mit einem Zuwachs von Pendlerbewegungen, da der Pendler die Vorteile der Heimat und die Chancen jenseits der Grenze in Anspruch nehmen könne. Im medizinischen Bereich sei wie bereits von Sv Prof. Lipowicz ausgeführt, die Nachfrage an Fachpersonal aus Polen und Tschechien gestiegen, stelle jedoch kein Problem dar, denn auch deutsche Ärzte wanderten zunehmend nach Skandinavien ab. Sv MP Prof. Dr. Milbradt geht davon aus, dass es für Spezialisten zukünftig eine stärkere Nachfrage geben werde, was für Ostdeutschland kein Problem darstelle, da keine Konkurrenzsituation entstehe. Anders sei die Situation im Bereich der mittel und niedrig qualifizierten Arbeit, weshalb er für eine Verlängerung der vorhandenen Regulierungsregelung plädiere, um eine weitere Verunsicherung der Bevölkerung zu vermeiden. Mittelfristig rechne er aufgrund der Demographie mit einem Arbeitskräftemangel

im Bereich der qualifizierten Arbeit, während im Bereich der unqualifizierten Arbeit auch zukünftig ein Überschuss gegeben sein werde. Daher werde die demographische Entwicklung das Problem der Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Die großen westdeutschen Unternehmer hätten sich in wesentlich höherem Maße in Osteuropa engagiert und seien in der Lage größere Investitionen zu tätigen, die mittelständische Wirtschaft in Sachsen konzentrierte sich im Wesentlichen auf Zulieferbeziehungen, Lohnfertigungen und sei nicht in großem Umfang investiv tätig. Der Handel und das verarbeitende Gewerbe intensivierten die Kontakte nach Osteuropa; mehr als die Hälfte der Unternehmen pflegten Kontakte oder bemühten sich darum. In den anderen Sektoren sei die Integration nicht fortgeschritten. Sv MP Prof. Dr. Milbradt warnt vor Euphorie, wobei die existierenden Probleme weitestgehend auf die nationalen Versäumnisse zurückzuführen seien, nicht kausal mit der Erweiterung zusammenhängen, durch diese aber verschärft würden. Deutschland müsse sich von der Vorstellung lösen, dass die Europäische Union zu einem ähnlich homogenen Staatsgebilde zusammenwachsen wie die USA. Es müssten schon wegen der unterschiedlichen Kultur und Mobilität andere Ansätze gefunden werden. Wenn darauf eine vernünftige Antwort gefunden werde, könne sowohl für die alten als auch für die Beitrittsländer Gewinn aus der Entwicklung gezogen werden. Anderenfalls befürchte er aufgrund der widerstreitenden Interessen, dass das europäische Projekt beschädigt werden könnte.

Der **Vorsitzende** dankt Sv MP Prof. Dr. Milbradt für den einleitenden Bericht und bittet Sv Prof. Dr. Görgens von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät Bayreuth fortzufahren. Bayreuth liege zwar in einem der prosperierenden Ländern, die jedoch an einigen Stellen der Grenze große Probleme beispielsweise mit dem Fördergefälle hätten, was für die regionale Strukturpolitik der Europäischen Union nicht ohne Konsequenzen sein werde.

Sv Prof. Dr. Görgens erklärt, den Blick auf die gesamtwirtschaftliche Perspektive lenken zu wollen. Pragmatische Reparatur in Detailbereichen beinhalte die Gefahr, dass das Ganze darunter zu leiden habe. Die Europäische Union und ihre Vorgängerinstitutionen sei eine ökonomische Erfolgsgeschichte. Mit dem wachsenden Gemeinsamen Markt seien nicht allein Größenvorteile verbunden. Mit dem Selbstverständnis als Wettbewerbsgemeinschaft sei ein Weg eingeschlagen worden, der durch die dem Wettbewerb innewohnenden Kontroll- und Anreizmechanismen dem Projekt eine Dynamik verleihe, die Deutschland im Interesse der Wohlstandsmehrung nutzen müsse. Diese grundsätzliche Überlegung gelte auch für die Er-

weiterung der Europäischen Union, da sich die beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten nach dem transformationsbedingten Niedergang in einem Aufholprozess befänden und positive und belebende Effekte auf die alten Mitglieder der Europäischen Union ausstrahlten. Mit der Erweiterung entstünden zudem wechselseitig neue Beschäftigungs- und Investitionschancen durch die Erschließung neuer Bezugs- und Absatzmärkte. Die Erweiterung und Abschaffung tarifärer und nicht tarifärer Handelshemmnisse sowie die Beseitigung der Grenzkontrollen führe zu einer Ausdehnung des Handels. Der internationale Handel sei ein Tauschgeschäft, in dem der Exporteur Abnehmer benötige, die ebenfalls auf internationaler Ebene Einkommen erzielen könnten. Elementar für die ökonomische Vorteilhaftigkeit sei die Nutzung komparativer Kostenvorteile, die durch Spezialisierungen, grenzüberschreitende Kooperationen, in die die Partner ihre spezifischen Vorteile einbringen und so die Gesamteffizienz steigern könnten, oder durch arbeitsteilige Prozesse, bei denen arbeitsintensive Produkte importiert und kapitalintensive Technologien exportiert würden, erzielt werden könnten. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Erweiterung für die Europäische Union und für Deutschland dürfe nicht überbewertet und die Anpassungsprobleme in Teilbereichen dürften gesamtwirtschaftlich nicht dramatisiert werden. Die verhaltene Entwicklung in Deutschland wäre ohne den Export in die Länder der Europäischen Union noch verhaltener gewesen. Der Anteil des gemeinsamen Bruttoinlandsprodukts der zehn neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union an dem gesamten Bruttoinlandsprodukt der 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union betrage aber lediglich 6 %. Der Anteil der Erwerbstätigen in den mittel- und osteuropäischen Ländern an der Gesamterwerbstätigenzahl der 25 Mitgliedstaaten liege knapp unter 15 %. Der Hinweis von Sv MP Prof. Dr. Milbradt auf die Wanderung nach Irland sei wichtig und aus Sicht eines Ökonomen nicht überraschend, da Arbeitskräfte dorthin wanderten, wo die Aussichten relativ günstig seien. Bei einer restriktiven Behandlung der Arbeitskräftewanderung von Osten nach Westen müsse berücksichtigt werden, dass es zu Engpässen auf den Arbeitsmärkten kommen werde. Dies sei zu bedenken, wenn aktuell polnische Arbeitskräfte durch die Übergangsfristen an Deutschland vorbei nach Irland oder Großbritannien gelenkt würden und dort Netzwerke aufbauten, da dies in Zukunft dazu führen könne, dass diese intensiviert würden und Deutschland nicht eingebunden werde. Sv Prof. Dr. Görgens betont, in der Wirtschaftspolitik komme es auf gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen an. Die Kooperation mit den neuen Mitgliedstaaten sei für die meisten Unternehmen bereits Alltag und reiche weiter zurück als bis zum 1. Mai 2004, so dass es keine dramatischen Veränderungen seit diesem Datum gebe. In einer Vielzahl der Befragungen und Erhebungen, wie diejenigen des

Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), der regionalen Handels- und Handwerkskammern, sehe der Saldo der positiven und negativen Bewertungen überraschend einheitlich aus. Die deutschlandweiten Befunde des DIHK und des IW deckten sich im Tenor mit den Erfahrungen der regionalen Ebene. Die gesamtwirtschaftlichen Befunde seien keine statistischen Durchschnittswerte, die auf ungleichen Ausgangsdaten beruhten. Der Befund des IW aus 2004, bei dem eine Befragung bei Unternehmen darüber durchgeführt worden sei, was diese sich erwarteten und mit welchen Problemen sie rechneten, habe ergeben, dass die optimistischen Einschätzungen zwar überwogen hätten, jedoch die pessimistischen Einschätzungen von erheblicher Bedeutung gewesen seien. Im Frühjahr 2005 habe das IW die Befragung wiederholt. Nunmehr seien die ursprünglich negativen Einschätzungen um 50 % zurückgegangen, so dass innerhalb einer sehr kurzen Frist ein deutlicher Stimmungswandel in positiver Hinsicht zu verzeichnen sei. Dies überrasche nicht sonderlich, da Liberalisierungsmaßnahmen grundsätzlich Ängste hervorriefen und Gefahren gesehen würden, die die Realität letztlich nicht bestätige.

Sv Welschke bemerkt, dass beim Bundesverband der deutschen Industrie 34 Branchen der Industrie und industrienahen Dienstleistungen versammelt seien und kündigt eine Einschätzung der Erweiterung aus gegenwärtiger Sicht und für die Zukunft an. Ergänzend zu den Ausführungen von Sv Prof. Dr. Görgens sei zu bedenken, dass das Wachstum in den neuen Mitgliedstaaten durchschnittlich 4 % betrage. Die Zwischenbilanz sowie die Erwartungen seien positiv. 8,8 % des deutschen Exports würden von den neuen Mitgliedstaaten aufgenommen, wohingegen China lediglich 2,3 % aufnehme und auch das Exportvolumen in die USA nicht größer sei. Das Handelsvolumen habe sich im Zuge der europäischen Abkommen, welche asymmetrische Güteröffnung vorgesehen hätten, sehr stark vergrößert, was für die deutschen Unternehmen und die deutsche Konjunktur der letzten Jahre bedeutsam sei. Die Bundesbankstatistik von 2005 zeige, dass Ende 2003/2004 der Bestand deutscher Direktinvestitionen in den neuen Mitgliedstaaten 33 Mrd. Euro betragen habe. Das Bild werde allerdings vor dem Hintergrund, dass die deutschen Direktinvestitionen in der Europäischen Union der 15 Mitgliedstaaten über 300 Mrd. Euro betrügen, relativiert. Die Direktinvestitionen würden nicht wegen der Lohnkosten oder anderer Kostenvorteile, sondern überwiegend zur Erschließung der Märkte und im Zuge der Privatisierung getätigt. Die Lohnkostenvorteile, die Vorteile bei der Unternehmensbesteuerung und die Flexibilität der Arbeitsmärkte seien gleichwohl Faktoren, die für die investierenden Unternehmen in den neuen Mitgliedstaaten von Bedeutung

seien. Zwischen den einzelnen Ländern und Branchen müsse differenziert werden, wobei Sv Welschke einräumt, keine genaue Aufstellung der Branchen, die im Einzelnen von der Erweiterung profitiert hätten, liefern zu können. Die Erweiterung habe allen Unternehmen und Branchen große Chancen geboten, die die großen Unternehmen sicherlich intensiver genutzt hätten. Doch auch der industrielle Mittelstand habe sich in den neuen Mitgliedstaaten strategisch positioniert, da Ziel der Unternehmen sei, sich mit ihrer Wertschöpfungskette möglichst wettbewerbsfähig aufzustellen und die Kosten- und Lohnvorteile in den neuen Mitgliedstaaten für das Absatz- und Vertriebssystem zu nutzen. Die Investitionsgüterindustrie habe bisher sehr stark profitiert. Nunmehr trete der Effekt ein, dass die neuen Mitgliedstaaten zunehmend nach Deutschland exportierten, so dass beispielsweise Ungarn eine positive Handelsbilanz mit Deutschland aufweise. Dies müsse positiv gewertet werden, da überwiegend deutsche Tochterunternehmen und Zulieferer aus Ungarn nach Deutschland lieferten. Bedrückend sei jedoch, dass die Wertschöpfung in Deutschland gemessen an den Produkten, die exportiert würden, nicht wachse, sondern in den letzten zehn Jahren von 40 % auf 28 % gesunken sei. Dies könne nicht alleine der Erweiterung angelastet werden, da die Vorprodukte auch aus anderen Ländern stammten. Die Erweiterung sei insgesamt ein Erfolg. In den Grenzregionen herrsche zwar ein starker Konkurrenzdruck, dieser habe jedoch bereits seit der Öffnung der Gütermärkte bestanden, wohingegen es nunmehr überwiegend um die Dienstleistungen gehe. Es sei daher von Vorteil, wenn die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärker gefördert und die Infrastruktur auch im Bereich des Schienenverkehrs verbessert werde. Die Diskussion um die Dienstleistungsfreiheit müsse versachlicht werden. Es gebe sicherlich Formen des Missbrauchs, der mit den bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten gegen illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit bekämpft werden könne. Mittelfristig werde den Bürgern und Unternehmen die Dienstleistungsfreiheit zugute kommen, da die Dienstleistungen zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten würden. In der Gesamtschau ergebe sich für die Erweiterung aus Sicht des BDI ein positives Bild, wobei in Deutschland Reformbedarf bestehe, die Lohnzusatzkosten in Deutschland zu hoch seien, ein attraktives Steuersystem geschaffen werden und auf den Arbeitsmärkten größere Flexibilität herrschen müsse. Sv Welschke bemerkt vor dem Hintergrund der Referenden in Frankreich und den Niederlanden abschließend, dass die Unternehmen ein Interesse an handlungsfähigen europäischen Institutionen hätten, wobei eine weitere Regulierungsflut unnötig sei, da in den neuen Mitgliedstaaten noch eine Vielzahl europäischer Regelungen umgesetzt werden müssten.

Sv Beck entschuldigt die kurzfristige Absage des Bundesvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer, der wegen der anstehenden GATS-Verhandlungen einen überraschenden Termin mit dem künftigen Generaldirektor der Welthandelsorganisation Pascal Lamy wahrnehmen müsse. Michael Sommer habe ihn, den Bundesvorstandssekretär des DGB gebeten, ihn zu vertreten. Sv Beck stellt klar, dass der DGB den Erweiterungsprozess kritisch betrachtet, jedoch stets unterstützt habe. Dies hätten auch die Maiveranstaltungen 2004 gezeigt, bei denen das positive Begleiten der Erweiterung ein zentrales Thema gewesen sei. Der DGB kooperiere seit 1989 intensiv mit den Gewerkschaften der damaligen Beitrittsländer und habe dazu beigetragen, dass die Gewerkschaften dieser Länder frühzeitig dem Europäischen Gewerkschaftsbund beigetreten seien. Der DGB habe erwirkt, dass ein polnischer Kollege im Sekretariat des Europäischen Gewerkschaftsbundes sitze. Interregionale Gewerkschaftsräte in den Grenzregionen zu Polen und Tschechien sowie sämtlicher Anrainerstaaten der Ostsee unter Einbeziehung Russlands, die eine Vielzahl ehrenamtlicher Kolleginnen und Kollegen beschäftigten, bildeten die Basis der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, indem gleichberechtigt miteinander um die regionalen, sozialen Probleme gerungen werde. Eine der wichtigsten Veränderungen, die die Erweiterung mit sich gebracht habe, sei die gemeinsame Politik auf europäischer Ebene. Das gemeinsame Ringen um europäische Rechtsakte lasse die Organisationen zusammenwachsen und die Einführung des *acquis communautaire* habe in den neuen Mitgliedstaaten zum Entstehen europäischer Betriebsräte geführt, die eine gemeinsame Arbeitnehmerinteressenvertretung mit den Gewerkschaften in den jeweiligen Ländern ermöglichen. Der Prozess des Zusammenwachsens berge angefangen bei den Sprachbarrieren, den unterschiedlichen sozialen Systemen und Systemen der Lohnfindung auch Schwierigkeiten, die Inhalt der Austauschprozesse seien. Der DGB begrüße daher Projekte zur Förderung des Jugendaustausches. Die wirtschaftlichen Erfahrungen mit der Erweiterung seien gemischt: Teilweise habe die Erweiterung Unternehmensvorteile begründet, daneben aber zu Unternehmensverlagerungen geführt. Die Arbeitsmigration stelle sich in unterschiedlicher Form dar und auch jenseits der Arbeitsmarktregulierung gebe es große Migrationsbewegungen. Der DGB plädiere daher für den Erhalt der Übergangsfristen, obwohl ein Bürokratieabbau im Hinblick auf die regionale Kooperation wünschenswert sei. Die Zustimmung der Bevölkerung zu der Erweiterung nehme dramatisch ab. Die Ursachen der Ängste, auf die sich die ablehnende Haltung gründe, müssten daher gemeinsam analysiert und auf das Problem der Verlagerung von Arbeitsplätzen hingewiesen werden, weil dies eine Frage der Unternehmensorganisation sei, die sich aufgrund der veränderten Möglichkeiten am

gemeinsamen Binnenmarkt vollziehe, aber zu großen Problemen führe. Aus Verhandlungen sei ersichtlich, dass es den Unternehmen weniger um die Lohnkosten als um die Kosten der Infrastruktur gehe. In diesem Bereich gebe es auch innerhalb Deutschlands einen Dumpingwettbewerb. Sv Beck bemerkt kritisch, dass die Unternehmen das Verlagerungsargument zu häufig als „Keule“ missbrauchten, um Tariföffnungsklauseln durchzusetzen, was die Stimmung in der Bevölkerung in Bezug auf die Erweiterung negativ beeinflusse. Auch die Diskussion um die Dienstleistungsfreiheit werde ausgenutzt. Im europäischen Recht sei unter einer Dienstleistung jede selbständige Tätigkeit zu verstehen und damit weiter gefasst als im deutschen Recht. In Bereichen wie der Fleischindustrie oder bei den Fliesenlegern werde die vorhandene Dienstleistungsfreiheit ausgebeutet und sei schwer kontrollierbar. Der DGB begrüße das Vorgehen der Bundesregierung zum Abbau der Missbrauchsmöglichkeiten. Es gebe in diesem Zusammenhang noch weitere gesetzliche Probleme, die gelöst werden müssten wie die Definition der illegalen Arbeitnehmerüberlassung. Auch die Problematik „Entsendegesetz“ gehöre in diesen Zusammenhang. Ein weiterer Problembereich bestehe im Zusammenhang mit der Saisonarbeit in der Landwirtschaft, bei der sich mit dem Beitritt zahlreiche sozialen Fragen gestellt hätten, die zwar angegangen worden seien, aber den Nährboden für Vorurteile bildeten. Die Verschiedenartigkeit der sozialen Sicherungssysteme der neuen Mitgliedstaaten, aus denen die Pendler stammten, berge eine Reihe von Problemen. Die Kommission habe einen Vorschlag zur Neuregelung staatlicher Beihilfen gemacht, der vorsehe, dass staatliche Beihilfen nur noch in Ziel 1-Gebieten gezahlt werden dürften und ansonsten restriktiv zu handhaben seien, woraus Schwierigkeiten bei der Frage der Industrieansiedlung entstünden. Der DGB vertrete im Übrigen die Auffassung, dass die Frage des sozialen Europas eine entscheidende Rolle bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden gespielt habe, so dass die Entwicklung eines europäischen Sozialmodells auch im Hinblick auf die aufgezeigten Problembereiche dringend vorgetrieben werden müsse.

Der **Vorsitzende** dankt Sv Beck für die Ausführungen. Er bittet Sv Prof. Dr. Troge um dessen einleitende Darstellung der umweltpolitischen Wirkungen der Erweiterung.

Sv Prof. Dr. Troge berichtet, die neueste Eurobarometerumfrage habe ergeben, dass für 72 % der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union Umweltschutz sehr wichtig beziehungsweise wichtig sei. EU-Kommissar Dimas spreche insofern von einem Volksmandat für eine dynamische europäische Umweltpolitik. Im Zusammenhang mit der Erweiterung werde

das Thema Umweltschutz nicht oft thematisiert, obwohl diese bereits seit Mitte der 1990er Jahre das größte Umweltprogramm Europas, wenn nicht sogar weltweit darstelle. Die gut entwickelten europäischen Umweltaforderungen seien mit der Erweiterung für weitere 75 Millionen Menschen gültig und förderten deren Lebensqualität und die der früheren Mitgliedstaaten, da die große Menge an Luftschadstoffen nicht an Grenzen halt mache. Die Umweltziele der Europäischen Union der 25 Mitgliedstaaten seien ehrgeizig. Es werde eine Reduktion der Treibhausgase bis 2010 um 8 % und eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf 21 % bis zum Ende dieses Jahres angestrebt. Der Gewässerschutz, bei dem Deutschland bisher keine Spitzenposition inne gehabt habe, werde durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie vorangebracht, da das Verschlechterungsverbot besonders den großen Anteil naturbelassener Gewässer in den neuen Mitgliedstaaten sichere. Die Umweltinvestitionen der neuen Mitgliedstaaten bis 2010 würden auf etwa 67 Mrd. Euro geschätzt. Übergangsfristen für europäische Umweltvorschriften existierten nur in den Bereichen, die hohe Investitionen erforderten. Bis zum Jahre 2006 würden die neuen Mitgliedstaaten aus dem Struktur- und Kohäsionsfonds 8 Mrd. Euro beispielsweise zur Förderung des Baus von Kläranlagen, die die Kommunalabwasserrichtlinie erforderlich mache, erhalten. Die Kommission schätze die Kosten des Umweltschutzes der neuen Mitgliedstaaten auf 2 % bis 3 % deren Bruttoinlandsprodukts, was im Vergleich zu Deutschland erheblich sei, wo die Kosten etwa 1 % ausmachten. Umwelttechnische Exportprodukte aus Deutschland seien sehr gefragt, so dass dieser Bereich erhebliches Ausbaupotential biete. Was in den vergangenen drei Jahrzehnten in Westdeutschland getan worden sei und im vergangenen Jahrzehnt unter dem Stichwort Umweltunion im Rahmen der Wiedervereinigung Deutschlands übertragen worden sei, wie die Techniken der Abwasserbeseitigung, Sicherung der Deponien, geordnete Erfassung von Abfällen, Luftreinhaltung, Nachrüstung von Kraftwerken, sei deutsche Spitzentechnik. Mitte der 1990er Jahre habe die Europäische Kommission ein ausgezeichnetes Förderprogramm für die damaligen Beitrittskandidaten vorgelegt. Dieses Programm habe vorgesehen, dass die Beitrittskandidaten ihre Probleme aufzeigten und einen Hinweis auf einen Mitgliedstaat, der Hilfestellung bieten könne, erhalten hätten. Deutschland habe viele dieser ausgeschriebenen Projekte gewonnen. Das Umweltbundesamt habe sich mit über 30 Projekten beteiligt. Anfang diesen Monats habe eine gemeinsame Aktion mit dem polnischen Umweltinspektorat, welches dem Umweltbundesamt entspreche, stattgefunden, bei der beiderseits der deutsch-polnischen Grenze Lkw-Kontrollen durchgeführt worden seien um zu prüfen, ob die Reifen aufgefunden würden, die auf den deutschen Altreifenlagern vermisst

würden. Dabei seien die Kontrolleure fündig geworden. Risiken beständen beim Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze. Im EU-Ministerrat für Verkehr sei man noch zu langsam bei der Harmonisierung der Eisenbahntechniken in Europa, was möglicherweise daran liege, dass es sich um Staatsbahnen handele. Der Anteil des Schienengüterverkehrs sei rückläufig, während seit Mai 2004 ein Anstieg des Güterverkehrs auf der Straße um 30 % bis 40 % zu verzeichnen sei. Vieles, was in der EU-15 bereits saniert worden sei, werde nunmehr in den neuen Mitgliedstaaten saniert. Die Umweltpolitik müsse aber ständig weiterentwickelt werden, wohingegen unter dem Gesichtspunkt der Lissabon-Strategie die wirtschaftliche Standortverbesserung sehr kurzfristig gesehen werde. Welche Umwelt- und Gesundheitsschäden in Deutschland und Europa durch die Verfolgung des Vorsorgeprinzips vermieden worden seien, lasse sich zwar nicht quantifizieren, sicher sei jedoch, dass die Kosten sehr schnell aufgezeigt würden, wenn zukünftig nicht mehr danach gehandelt werde.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Sv Prof. Dr. Troge für seine wichtigen Aussagen und eröffnet sodann die Fragerunde.

Abg. Günter Gloser (SPD) bedankt sich im Namen der SPD-Bundestagsfraktion für die Einschätzungen, den Realismus aber auch den Optimismus, der in einigen Bereichen bei den Sachverständigen angeklungen sei. Er fragt Sv Prof. Lipowicz, ob der notwendige innereuropäische Dialog, wie er zwischen Polen und Deutschland stattfinde, auch zwischen Polen und anderen Ländern der EU stattfinde und ob es Beauftragte auch für andere EU-Mitgliedstaaten gebe, um diesen Dialog zu verstärken. Von Sv Prof. Dr. Schwan möchte er wissen, was auf politischer und gesellschaftlicher Ebene noch unternommen werden müsse, um mit mehr Optimismus in Bezug auf den europäischen Integrationsprozess voranzuschreiten. Er weise besonders darauf hin, dass durch die Reduzierung von Lehrstühlen im Bereich der Sprachenausbildung ein kontraproduktives Zeichen gesetzt werde. Er fragt, ob die Sv Prof. Dr. Schwan deshalb Initiativen ergriffen habe und in welchen Bereichen sie noch Unterstützung benötige. Sv Prof. Dr. Inotai habe von der Notwendigkeit einer intensiven Diskussion über die Finalität Europas gesprochen. Es sei aber nicht klar, was unter „Finalität“ zu verstehen sei, zum Teil würden darunter nur die geographischen Grenzen verstanden. Deshalb wolle er von Sv Prof. Dr. Inotai und Sv MP Prof. Dr. Milbradt wissen, ob nicht die Politik im Zusammenhang mit der Finalität der Europäischen Union die Frage eines einheitlichen europäischen Sozialmodells, also die Frage nach den Löhnen und deren Vergleichbarkeit, ansprechen

müsse. In vielen anderen Bereichen gebe es bereits verbindliche Standards für alle 25 Mitgliedstaaten, so beispielsweise im Dienstleistungsbereich. Im Sozialbereich gebe es hingegen keine einheitlichen europäischen Standards. An Sv MP Prof. Dr. Milbradt stellt er die Frage, ob es im Hinblick auf unterschiedliche Genehmigungsvoraussetzungen für Projekte im Grenzbereich nicht eine europäische Raumordnungspolitik geben müsse und in diesem Zusammenhang ein Defizit abzubauen sei.

Der **Vorsitzende** fragt Sv Prof. Lipowicz und Sv MP Prof. Dr. Milbradt, ob das Fördergefälle an der Grenze ein wirkliches Problem sei, welches Abwanderung auch dann hervorrufe, wenn diese ansonsten in keiner Weise ökonomisch geboten sei. Von Sv Prof. Lipowicz möchte er wissen, inwieweit es der Wahrheit entspreche, dass zwar die deutsche und die polnische Seite grundsätzlich an einer Zusammenarbeit interessiert seien, aber die Gemeinden auf polnischer Seite weniger Autonomie als die deutschen Gebietskörperschaften besäßen.

Abg. Peter Hintze (CDU/CSU) bemerkt einleitend, es sei eine richtige Entscheidung gewesen, dass der EU-Ausschuss sich in seiner voraussichtlich letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode mit dem zentralen Thema der EU-Osterweiterung beschäftige. Er weise besonders auf einen Schlüsselsatz von Sv MP Prof. Dr. Milbradt hin, dass die Suche auf die Antwort nach der Differenzierung Europas noch fortgesetzt werden müsse und er ermuntert ihn dem Ausschuss dazu einige Gedankenanstöße zu geben. Er fragt ihn weiter, welche Rückschlüsse er aus dieser Erweiterungsrunde für die weiteren EU-Erweiterungsrunden ziehe und welchen Rat er gebe. Ergänzend wolle er von ihm wissen, was aus seiner Sicht als Ökonom und Politiker notwendig sei, um den Wertschöpfungsanteil in Deutschland zu steigern. Von Sv Prof. Dr. Görgens möchte er wissen, ob er ihn dahingehend richtig verstanden habe, dass die Übergangsfristen für Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht zu sehr zu strapazieren seien, weil die damit verbundenen Vorteile für Deutschland verspielt werden könnten. Er frage auch Sv Beck und Sv Welschke nach ihrer Einschätzung zu diesem Thema. Sv Prof. Dr. Görgens bitte er um eine Bewertung der Einbeziehung der neuen Mitgliedstaaten in die Eurozone, wann damit zu rechnen sei und welche ökonomischen Auswirkungen dies haben werde.

Abg. Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich bei den Sachverständigen für die sehr sachliche Art, wie diese den Erweiterungsprozess aus ihrer jeweiligen Erfahrung bewerten. Er habe drei Fragenkomplexe: der erste, der sehr stark mit den in den

Grenzbereichen zu realisierenden Projekten verknüpft sei, beziehe sich auf den Bereich der zukünftigen Finanzierung der Europäischen Union. Die Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 sei zwar im ersten Anlauf gescheitert, es werde aber weitere Anläufe geben. Aus diesem Grund interessiere ihn die Bewertung der Sachverständigen zur Strukturpolitik der Europäischen Union. Er fragt sich, ob bei einem neuen EU-Haushalt im Bereich der Strukturpolitik Änderungen vorgenommen werden müssten und ob die EU mit den derzeitigen Vorschlägen „gut aufgestellt“ sei, oder ob sie in der Strukturpolitik neue Koordinaten brauche. Gerade auch das Fördergefälle betreffend seien möglicherweise Grenzregionen stärker in den Blick zu nehmen. Er möchte wissen, ob das, was im Rahmen der Interreg vorbereitet worden sei, vernünftig sei. Möglicherweise brauche die EU neue, andere Programme für die Grenzräume, um einen Ausgleich besser durchführen zu können. An Sv Prof. Dr. Troger stellt er die Frage, ob das, was im EU-Haushalt für umweltpolitische Maßnahmen vorgesehen sei, ausreiche oder andere Schwerpunkte nötig seien. Als zweiten Bereich wolle er die Arbeitnehmerfreizügigkeit ansprechen, über die eine unideologische Debatte notwendig sei. Den Bürgern gelte es die Angst vor dem Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit zu nehmen. Er stelle daher die Frage an die Vertreter von BDI, Gewerkschaften und Sv MP Prof. Dr. Milbradt, ob das lange Hinausschieben des Themas Arbeitnehmerfreizügigkeit Deutschland ökonomisch und vielleicht auch politisch schaden könne, weil dadurch in anderen EU-Mitgliedstaaten Entwicklungen passierten, die Deutschland in den Grenzregionen brauche. Er halte ein schnelleres Tempo in dieser Frage für sinnvoller. Der dritte Fragenkomplex lasse sich unter dem Stichwort „Strategien gegen Ungleichheit“ zusammenfassen. Zum einen seien Ungleichheiten im Gebiet der EU abzubauen, zum anderen aber regionale Stärken und Individualitäten zu bewahren und Rezepte zu entwickeln, die diese Ziele verwirklichen könnten. Da häufig über Entwicklungsmetropolen geredet werde, interessiere ihn, wie die Sachverständigen die Entwicklung im ländlichen Raum beurteilten. Der ländliche Raum könne nicht nur Landwirtschaft sein. Es bestehe die Gefahr der Entvölkerung ländlicher Räume. Er frage sich, welche Möglichkeiten bestünden mit Mitteln der EU-Strukturpolitik diesem Phänomen gegenzusteuern. Die ländlichen Grenzräume könnten als Motoren im Bereich der grenzüberschreitenden kommunalen Zusammenarbeit fungieren, was in diesen Regionen besonders wichtig sei.

Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) bedankt sich für die differenzierten, grundlegend von positiven Einschätzungen getragenen Beiträge der Expertinnen und Experten zu den ersten Einsichten in die Auswirkungen der EU-Osterweiterung. Sie teile die

Ansicht von Abg. Peter Hintze (CDU/CSU), dass es gut und wichtig sei, dass sich der Europaausschuss in einer von pauschalen Bewertungen und Beurteilungen geprägten europapolitischen Debatte auf sachliche Art und Weise mit den Fragen der EU-Osterweiterung beschäftige und dadurch in der Lage sei, manche Vorurteile und Ängste zurecht zu rücken bzw. auszuräumen und mit Fakten zu begegnen. Da die Universität Viadrina nicht nur im deutsch-polnischen Verhältnis, sondern auch in der universitären Ausbildung eine besondere Stellung einnehme, wolle sie von Sv Prof. Dr. Schwan wissen, ob das Scheitern der Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 konkrete Auswirkungen auf die finanziellen Planungen der Universität habe. Insoweit bitte sie Sv Prof. Dr. Schwan auf die Sprachausbildung, die Probleme und besondere Projekte in diesem Zusammenhang einzugehen. Ihre Fragen zum Bereich Arbeitnehmerfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit und die zu erwartenden Auswirkungen einer möglichen Dienstleistungsrichtlinie stelle sie an Sv Prof. Dr. Görgens und Sv Prof. Dr. Inotai. Sie fragt, ob die Probleme im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Dienstleistungsfreiheit mit den derzeit vorhandenen Bestimmungen zu lösen seien, oder ob die Gefahr einer Umgehung bestehe. Die Mitgliedstaaten erarbeiteten Lösungen, wie gegen illegales Handeln vorgegangen werden könne, ohne jedoch bei den Ursachen anzusetzen. Es stelle sich die Frage, ob nicht eine Ursache für den Missbrauch die zu undifferenzierte Einschränkung im Bereich der Freizügigkeit sei. Weiterhin erbitte sie eine kurze Einschätzung, welche Rolle der Dienstleistungssektor bezogen auf die Beitrittsländer generell in der wirtschaftlichen Entwicklung einnehme. Sie wolle wissen, ob die Sachverständigen in dem Herkunftslandprinzip, wie es der Entwurf der Dienstleistung-Richtlinie enthalte, einen richtigen Lösungsansatz sehen.

Abg. Hans-Jürgen Uhl (SPD) glaubt, dass eines der Probleme in der Akzeptanz der EU-Erweiterung in der deutschen Bevölkerung mehr mit der Globalisierungs- denn mit einer Erweiterungsproblematik zu tun habe. Was unter dem Stichwort „Verlagerung“ immer wieder zu stark in den Vordergrund gerückt werde, gebe es bereits seit der Wende von 1989/90 und nicht erst seit dem Beitritt. Alle wesentlichen deutschen Unternehmen hätten bereits über viele Jahre hinweg in den Beitrittsländern investiert. Er wolle von den Sachverständigen Prof. Dr. Troger und Prof. Dr. Görgens wissen, ob es konkrete Zahlen über eine echte Verlagerung von Arbeitsplätzen in ein Beitrittsland gebe. An Sv MP Prof. Dr. Milbradt gewandt bemerkt er, dass Sachsen und Thüringen im Automobilbereich mehr Neuansiedlungen hätten als Ungarn oder die Slowakei. Interessant bei Investitionen von Produktionsunterneh-

men in anderen Ländern sei, dass bei einem deutschen Unternehmen die Produktionsmittel auch deutsche Maschinenbauerzeugnisse seien. Letztlich würden durch diese Investitionen Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden. Zum Thema der geringen Flexibilität bei den Löhnen führt er aus, dass es niedrigste Tariflohnbedingungen im Dienstleistungsbereich in Ostdeutschland gebe. Die Löhne lägen bei ca. 4 Euro. Dies sei die Hälfte der staatlichen Mindestlöhne, die in Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden existierten. Er könne nicht nachvollziehen, weshalb behauptet werde, zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern gebe es zu wenig Flexibilität. Der Staat solle die Tarifpolitik weiterhin den Tarifparteien überlassen und sich nicht zu stark einmischen. Er erinnere daran, dass Nachkriegsdeutschland im Vergleich zu den USA Niedriglohnland gewesen sei. Nachdem die US-Amerikaner in Deutschland stark investierten hätten, habe sich das Lohnniveau angepasst. Er fragt Sv Beck, Sv Welschke, Sv Prof. Lipowicz und Sv Prof. Dr. Inotai, inwieweit sie die Chancen und auch die Notwendigkeit sähen beim Thema Unternehmensbesteuerung stärkere einheitliche Bemessungsgrundlagen in Europa zu schaffen. Die Menschen in Deutschland und auch Frankreich hätten den Eindruck mit ihren Steuergeldern Infrastrukturprojekte in den Beitrittsländern mitzufinanzieren, gleichzeitig aber wüssten sie, dass die Unternehmenssteuern in diesen Ländern niedriger seien als z. B. in Deutschland. Er glaube, es sei diskussionswürdig den Menschen in den Beitrittsländern zu vermitteln, dass das Geld nicht aus „Brüssel“ komme, sondern dies Steuergelder aus den Mitgliedstaaten seien.

Abg. Jürgen Türk (FDP) meint, dass Menschen einer Sache zustimmten, wenn sie davon Vorteile erhofften - erwarteten sie Nachteile, so seien sie dagegen. Er glaube, dies gelte auch für die Menschen in den Grenzregionen. Dies hätten auch die beiden gescheiterten Referenden über den Europäischen Verfassungsvertrag gezeigt. Er frage Sv MP Prof. Dr. Milbradt, Sv Prof. Lipowicz und Sv Prof. Dr. Schwan, ob diese nicht seine Meinung teilten, dass es sinnvoll sei, die EU und die betroffenen Mitgliedstaaten nutzen den Standortfaktor der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besser aus und organisierten grenzüberschreitende Modellregionen. Geeignete Maßnahmen zu einer Realisierung dieser Projekte seien Steuerermäßigungen, Entbürokratisierung, ein besonderes Programm für Verkehrsinfrastruktur und eine besondere Förderung für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Die Grenzregionen zwischen Polen, Tschechien und Deutschland stellten einen bedeutenden Wirtschaftsstandort dar. Möglicherweise könne auch das sog. Karlsruher Abkommen als Vorbild dienen. Es könne auf der analogen Grundlage des Karlsruher Abkommens eine ähnliche Modellregion auch zwi-

schen Deutschland, Tschechien und Polen organisiert werden. Von Sv Prof. Dr. Inotai wolle er wissen, ob es nicht sinnvoll sei zwischen Ungarn, Rumänien und Serbien ein ähnliches Projekt in Hinblick auf eine schrittweise EU-Erweiterung zu versuchen.

Abg. Rainer Fornahl (SPD) führt ein, die allgemeine Debatte über Europa und die Konsequenzen aus der Erweiterung durch die 10 neuen Mitgliedstaaten von Estland bis Zypern könne im Ausschuss, obwohl sie vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen notwendig sei, nicht geführt werden. Er komme aus Sachsen und verweist darauf, dass in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD das Thema „Sachsen und Europa“ an erster Stelle stehe. Dies halte er, nicht nur aufgrund der längsten Grenze, die Sachsen mit den zwei neuen Mitgliedstaaten Polen und Tschechien habe, für wichtig, sondern er denke, die Chancen, Möglichkeiten und die Verbesserung der Beziehungen müssten hier eine wesentliche Rolle spielen. Abg. Jürgen Türk (FDP) habe bereits von den Möglichkeiten spezieller Vereinbarungen zur Verbesserung und zur Intensivierung der Beziehungen, wie z. B. dem Karlsruher Abkommen, gesprochen. Er frage Sv MP Prof. Dr. Milbradt und Sv Prof. Lipowicz, ob es zwischen Sachsen und Polen, aber auch Tschechien, schon Gespräche über eine solche Zusammenarbeit gegeben habe und Überlegungen, wie die beteiligten Regierungen dies konkret ausgestalten könnten. Die Erfolge der Umsetzung des Karlsruher Abkommens an den Grenzen zu Frankreich und den Benelux-Staaten sollten durchaus genutzt werden. Menschen und Märkte brauchten Verbindungen, daher spiele die Infrastruktur eine wichtige Rolle. Neben den Straßenverbindungen gehöre dazu auch der Ausbau der Eisenbahninfrastruktur. Er möchte wissen, ob in der neuen EU-Haushaltsperiode im Rahmen der Struktur- und Kohäsionsfonds Mittel für die grenzüberschreitende Eisenbahninfrastruktur wie Transeuropäische Netze und nachgelagerte Systeme zur Verfügung gestellt werden und ob es konkret ausgestaltete Programme gebe. Derzeit gestalte sich die Verwendung der Mittel, da es viele Quellen gebe, eher schwierig. Von Sv MP Prof. Dr. Milbradt möchte er wissen, ob es in Bezug auf das von der EU-Kommission aufgelegte Sonderprogramm „Grenzregion-Förderung“ Erfahrungen aus dem Freistaat Sachsen und Polen gebe und ob es eine Verbesserung der Entwicklung der Infrastruktur sowie der Zusammenarbeit kleiner und mittelständischer Unternehmen gegeben habe. Für die Zukunft sei es wichtig, wenn die Entscheidungsträger wüssten, ob solche Fördermaßnahmen überhaupt einen ökonomischen Nutzen hätten.

Abg. Jörg Vogelsänger (SPD) konzentriert sich auf zwei Fragen. Von Sv Prof. Dr. Schwan möchte er wissen, inwieweit das Projekt „Stiftungsuniversität“ auch im europäischen Rahmen eine Rolle spiele bzw. welche Chancen in diesem Projekt lägen, auch in der europäischen Dimension eine Weiterentwicklung zu erfahren. Sv MP Prof. Dr. Milbradt fragt er, inwieweit es neben den wichtigen Projekten „Deutsche Einheit“ auch Verkehrsprojekte „Europäische Einigung“ geben könne. Es gebe viele Verkehrsprojekte in Brandenburg und Sachsen, so z. B. Grenzbrücken bei Schwedt und bei Eisenhüttenstadt. Die wichtige Frage sei in diesem Zusammenhang die Finanzierung der Projekte und, ob diese in der Finanziellen Vorausschau 2007 bis 2013 berücksichtigt seien oder besser in das gemeinsame Interreg-Programm einfließen sollten. Eine interessante Frage stelle die gemeinsame Finanzierung zwischen Bund, Ländern und der EU dar, die auch alle von diesen Verkehrsprojekten profitierten. Es bedürfe eines verstärkten Infrastrukturausbaus von Deutschland in Richtung Tschechien und Polen.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Abg. Jörg Vogelsänger (SPD), dass er auf dieses Thema hingewiesen habe. Er leitet zur Antwortrunde über und erteilt Sv MP Prof. Dr. Milbradt das Wort.

Sv MP Prof. Dr. Milbradt stellt klar, dass die grenzübergreifende interkommunale Zusammenarbeit ein wichtiges Projekt darstelle, die Verhandlungen der Bundesregierung mit der polnischen und tschechischen Regierung über ein zwischenstaatliches Abkommen analog dem Karlsruher Abkommen jedoch zu keinem positiven Abschluss gekommen seien. Insbesondere in den Verhandlungen mit der polnischen Seite gebe es große Schwierigkeiten, die sich auf unterschiedliche Verwaltungskulturen und Formen nationaler Autonomie gründeten. Während nach polnischem Verständnis der Zentralstaat die Kontrolle über die Geschehnisse an der Grenze behalten müsse, lege Deutschland als Bundesstaat die Verantwortung für gemeindliche Kooperationsprojekte wie gemeinsame öffentliche Kindergärten, gemeinsamen Personennahverkehr oder eine gemeinsame Abwasserentsorgung in die Hände der jeweiligen Selbstverwaltungskörperschaften. Aus deutscher Sicht stelle die Umsetzung des Karlsruher Abkommens eine normale Form der interkommunalen Zusammenarbeit dar. Die polnischen und tschechischen Nachbarn müssten sich bei den westeuropäischen Nachbarn, mit denen Deutschland ähnliche Verträge geschlossen habe, darüber informieren, dass die Befürchtung, es werde zu einem Verlust an nationaler Souveränität kommen, unberechtigt sei. Trotz einzelner Mitnahmeeffekte und verbesserungswürdiger Aspekte solle die interregionale Zu-

sammenarbeit fortgesetzt werden. Gesamteuropa müsse ein Interesse daran entwickeln, den Ausbau der europäischen Verkehrsnetze im Rahmen der europäischen Regionalförderung „vor die Klammer zu ziehen“, damit die Nahtstelle von der Ostsee bis hin zur Adria zusammenwachsen könne, was nur mit der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur gelinge. Durch die historische Entwicklung seien die Grenzen reale Grenzen geworden, so dass beispielsweise zwischen Sachsen und Böhmen nur wenige Grenzübergänge existierten. Auf einer Länge von 400 Kilometern existierten für den Warenverkehr lediglich drei funktionsfähige Grenzübergänge zu Tschechien. Die Forderung nach stärkerer Zusammenarbeit könne sich nicht alleine auf die großen Magistralen reduzieren, sondern müsse durch viele kleine Vernetzungen realisiert werden. Der deutsche Bundesverkehrswegeplan sei viel zu national aufgebaut, so dass der Aspekt der europäischen Einigung zu kurz komme. 300 % der Verkehrsentwicklung, über die gegenwärtig diskutiert werde, fände sich darin nicht wieder, weil die Verkehrsbedürfnisse an der Grenze systematisch unterschätzt worden seien. Bei der Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit plädiert Sv MP Prof. Dr. Milbradt für ein langsames Vorgehen in Abhängigkeit von der Arbeitsmarktsituation. Es stelle kein Problem dar, im Bereich der akademischen Berufe eine sofortige Freigabe zuzulassen. Je weiter jedoch die Qualifikationsstufe sinke, desto größer würden die Probleme. Bei einer Arbeitslosigkeit von 20 % sei der Bevölkerung eine schnelle Freigabe der Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht vermittelbar, ohne dass gleichzeitig Lösungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit präsentiert würden. In den Grenzgebieten sei die Stimmung alles andere als pro-europäisch. Dies sei vor dem Hintergrund, dass viele Versäumnisse auf „Europa“ geschoben würden, die tatsächlich nicht davon abhängig seien, nachvollziehbar. Die antieuropäische Stimmung bedeute nicht, dass die Bevölkerung kein friedliches Zusammenleben mit den Nachbarn anstrebe. Die Menschen empfänden die bevorstehenden Veränderungen als zu groß und die Sprüche der Politiker als für ihre Situation ungeeignet. Der Kaufmann an der Grenze, der seinen Laden wegen der Konkurrenzsituation schließen müsse, werde nicht erreicht, wenn gesagt werde, die deutsche Volkswirtschaft ziehe großen Nutzen aus der Einigung und Europa sei eine große Friedensgemeinschaft. In der Politik werde allzu häufig eine Durchschnittsbetrachtung vorgenommen und dabei das Schicksal des Einzelnen aus den Augen verloren; in dem Einigungsprozess werde zu selten denjenigen, die die Nachteile der Einigung zu tragen hätten, eine Perspektive geboten mittel- bis langfristig zu den Gewinnern des Prozesses zu gehören. Diesbezüglich müsse dringend eine Änderung herbeigeführt werden, da anderenfalls die Menschen in nationalistische Parteien getrieben würden. Es gebe Bestrebungen, Europa in allen Bereichen zu

vereinheitlichen und im Bereich der Sozial-, Wettbewerbs- und Lohnbedingungen anzugleichen. Ein derartiges Europa werde von den Bevölkerungen jedoch nicht gewünscht. Es müsse ein Mindeststandard gewährleistet werden. Die osteuropäischen Länder dürften nicht den Fehler machen, sich zu schnell an dem westeuropäischen Modell zu orientieren, da dies zu Einbußen an Wettbewerbsfähigkeit führen werde. Sv MP Prof. Dr. Milbradt plädiert dafür, die Unterschiedlichkeit hinzunehmen, positiv aufzugreifen und nicht künstlich wegzusubventionieren oder wegzuregulieren. In einem offenen Markt müsse akzeptiert werden, dass bei gleichwertiger Arbeit eine Lohnangleichung in beide Richtungen stattfinde, so dass das Sinken der Löhne hinzunehmen sei und der soziale Ausgleich nicht wie bislang über Arbeitslosenhilfe, sondern über Lohnkostenzuschüsse finanziert werden müsse, da ansonsten die niedrig qualifizierte Arbeit in den Grenzregionen nicht zukunftsfähig sei. Von den osteuropäischen Nachbarn könne nicht verlangt werden alles zu tun, um Deutschland den Wettbewerb zu erleichtern. Daher bestehe kein Grund für vorwurfsvolles Verhalten gegenüber den osteuropäischen Nachbarn. Auch die Vorstellung europaweit einheitlicher Steuersätze sei für Menschen in Warschau, Pressburg oder Budapest völlig abwegig. Der slowakische Finanzminister habe im Rahmen eines Gesprächs die Frage gestellt, wie Deutschland dazu komme ihm vorzuwerfen, dass er bei gleichzeitiger Erhöhung der Umsatzsteuer die Unternehmenssteuer senke. Dies stelle eine Form des Wettbewerbs dar, die akzeptiert werden müsse. Deutschland könne nicht davon ausgehen, dass die deutsche Vorstellung von Ökologie und sozialer Gerechtigkeit europaweit begeistert übernommen werde. Daher sei die Wahl zu treffen zwischen einem kostenintensiven, ökonomischen Sonderweg oder einer Anpassung an das, was andere Länder über die notwendige Regulierungsdichte denken. Deutschland stelle jedoch fortwährend Überlegungen an, wie die anderen Mitgliedstaaten von den deutschen Positionen überzeugt werden könnten. Im US-amerikanischen Wappen sei „e pluribus unum“ vermerkt, aus Vielen eins, dort gebe es den melting pot of nations. Der entsprechende Spruch für die Europäische Union laute „in varietate concordia“, was bedeute, dass die Unterschiedlichkeit das Element in Europa darstelle und im kulturellen Bereich werde es diese Unterschiedlichkeit immer geben. Daher sei es an Deutschland zu lernen, mit diesen Unterschieden umzugehen, ohne sie als Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Eingriff des Staates und Europas zu diffamieren. Die Hauptlehre der Politik in Sachsen der vergangenen 15 Jahre sei, dass die vormalige Vorstellung von einer stärkeren Harmonisierung nicht mehr aufrechtzuerhalten sei. Zu der Frage der weiteren Beitritte zur Europäischen Union sei zu sagen, dass diese im Moment nicht aufnahmefähig sei, da weder die Struktur des Entscheidungsprozesses, die Frage der

Finanzierung, noch die Frage des europäischen Modells gelöst sei. Bevor die Europäische Union der 25 Mitgliedstaaten andere Staaten aufnehmen könne, müsse ein klares Konzept vorliegen, damit die Kandidaten wüssten, welchem Modell der Europäischen Union sie beitreten würden. Die Vorstellungen über den Beitritt und die Kriterien müssten umsetzungsfähig sei, was insbesondere in der Diskussion über den Beitritt Rumäniens gelte. Die Wirrnisse zeige sich, wenn über den Europäischen Haftbefehl gesprochen, anschließend festgestellt werde, dass in Rumänien das Gerichtssystem halb korrupt sei, aber dann über den Beitritt diskutiert werde. Die Veränderungen müssten zunächst umgesetzt werden, bevor über die Frage der Größe der Europäischen Union erneut diskutiert werden könne.

Sv Prof. Dr. Schwan antwortet, dass ein gewisser Druck auf der Europauniversität Viadrina und der ganzen Grenzregion durch die Verzögerung der Entscheidung zur Finanziellen Vorausschau laste, da ein wichtiges Finanzierungsprojekt für die Viadrina das Interreg-Programm gewesen sei. Das Fehlen der alsbaldigen Einigung zur Finanziellen Vorausschau sei auch insofern problematisch, als die Entscheidungsverfahren innerhalb des Interreg-Programms sehr langwierig und kompliziert seien. Es müsse beispielsweise eine Neuauflage in Gestalt eines Interreg-4-Programms geschaffen werden, die auf anderer Grundlage stehe, da Polen nunmehr Mitglied der Europäischen Union sei. Dazu sei anzumerken, dass das Interreg-Programm in der Vergangenheit schon deshalb Grundlage zahlreicher positiver Kooperationen gewesen sei, weil die grenzüberschreitende Zusammenarbeit notwendig gewesen sei, um Anträge stellen zu können. Daneben handele es sich jedoch um ein absolut kompliziertes und undurchschaubares Programm, welches viele Missverständnisse und Konflikte verursacht habe. Eine Neuauflage dieses Programms müsse daher durchschaubarer gestaltet werden. Auch für den erforderlichen Ausbau der Infrastruktur sei das Programm äußerst wichtig. Wegen der Zusammensetzung der Entscheidungskompetenzen der Europäischen Union, aber auch wegen der Zusammensetzung des Kreises der eingeladenen Sachverständigen, habe es sich bisher hauptsächlich um wirtschaftliche Fragen gedreht und relativ selten um die Bildung, obwohl es bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ganz entscheidend auf Infrastruktur und Bildung ankomme. Im Bereich der Sprachenbildung sei zu bemängeln, dass es beispielsweise im Grundschulbereich in Mecklenburg-Vorpommern häufig förderungswürdige Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern in Form von deutsch-polnisch Kursen gebe, die aufgrund der Finanzsituation nicht weiterbetrieben werden könnten. Auch wenn Bildung in die Kompetenz der Länder falle, müsse es Möglichkeiten geben, solche Initiativen finanziell zu unterstützen.

Auf die Frage von Abg. Jörg Vogelsänger (SPD) zur Stiftungsuniversität sei zu erwidern, dass der Weg der Viadrina ein Exempel für andere statuieren könne, da die Struktur der Stiftungsuniversität die dringend erforderliche Autonomie der Universitäten stärke, die Voraussetzung für Agitationsfähigkeit, Kreativität und Risikobereitschaft der Universitäten sei, was durch die permanente Rückkoppelung mit den Ministerien verloren gehe. Für dringlich erachte sie die Errichtung eines zunächst öffentlich gespeisten Kapitalstocks mit Perspektive auf private Stifter. Es sei unvorstellbar, wie kompliziert der rechtlich korrekte Aufbau einer deutsch-polnischen Finanzierung sei, da die Gefahr bestehe, dass zugesagte Mittel gestrichen würden, weil es keine Möglichkeit gebe, im deutsch-polnischen System eine gemeinsame Rechtsfigur zu finden. Prinzipiell sei die Stiftungsform ein Modell grenzüberschreitender Zusammenarbeit, die auch in Deutschland als zukunftsfähiges Modell zur Finanzierung von Universitäten in Betracht gezogen werden müsse, da die öffentliche Hand keine großen Finanzierungsspielräume zur Verfügung habe und auch Studiengebühren zu keinem hohen Finanzierungsschub führen würden. Es müssten attraktive Universitätsformen sein, die große Summen aus Privatvermögen akquirieren könnten. Gemeinsam mit Sv Prof. Lipowicz habe sie in der vergangenen Woche als Vermittlerin an der deutsch-polnischen Regierungskommission in Warschau teilgenommen, bei der die Essenz gewesen sei, dass in Fragen der Verkehrsnetze nicht länger nationale sondern gesamteuropäischen Regelungen beachtet werden müssten. Das pragmatische Vorgehen beim Finden gemeinsamer Projekte, bei denen die Interessen aller Seiten bedient würden, müsse vorangebracht werden. Polen habe beispielsweise Interesse an einer polnischen Nord-Süd-Verkehrstrasse, während Deutschland auf Brücken und Grenzübergängen Wert lege, die nicht im Interesse Polens stünden. Es müsse daher gelingen, eine Interessenkonvergenz zu schaffen. Sv Prof. Dr. Schwan appelliert an Sv Prof. Dr. Troge als Umweltspezialisten gewandt, dass die stetig fortschreitende Verlagerung des Verkehrs auf die Straße und der starke Rückgang der Bahnverbindungen nicht hingenommen werde dürfe. Es sei inakzeptabel, dass ein Bahnreisender nach Breslau gegenwärtig mehr Probleme habe als vor der Erweiterung. Unter Umweltgesichtspunkten dürfe dieser Trend, der zu erhöhter Lärmbelastigung und steigendem Energieverbrauch führe, nicht fortgesetzt werden. Die Frage der sinkenden Zahlen der universitären Lehrstühle sei eine landesinterne Finanzierungsfrage. Sie habe bereits an die Ministerpräsidenten der Länder appelliert, bei den Sparmaßnahmen die deutsch-polnischen Abkommen zur Stärkung der polnischen Sprache und Kultur im Blick zu behalten. Es gebe Initiativen, dieses Ziel in Gestalt privater Anschubfinanzierungen durchzusetzen, was aber nur als Hilfswerk angesehen werden könne. Die Frage der Perspektiven müsse beant-

wortet werden. Es sei in den Einleitungsstatements deutlich geworden, dass die Menschen nur zu gewinnen seien, wenn diese die Europäische Union als Hilfe ihres Alltags in der beunruhigenden Zeit der ökonomischen Globalisierung empfänden und nicht als weitere Verschärfung der ökonomischen Globalisierungsrisiken. Gegenwärtig werde die Europäische Union als Gefahr wahrgenommen, so dass die Vorzüge der Marktkonkurrenz mit einer Perspektive verbunden werden müssten, die langfristig eine positive Entwicklung erkennen lasse. Vorstellbar sei, bei der Harmonisierung der Steuerfragen gewisse Stufen zu schaffen, um der Bevölkerung zu verdeutlichen, dass es darum gehe, die Vorteile der Marktwirtschaft nutzbar zu machen und nicht die Nachteile der Neuankommenden mit einem Mal zu kompensieren. Es gehe darum, eine Perspektive der Angleichung zu schaffen und nicht den Menschen den Eindruck zu vermitteln, es ginge bergab. Die konkreten Probleme der Bevölkerung in den Grenzregionen müssten aufgegriffen werden. Allerdings steht Sv Prof. Dr. Schwan dem von Sv MP Prof. Dr. Milbradt ins Feld geführten Ausgleich durch staatliche Lohnsubventionen äußerst kritisch gegenüber, da diese Subventionsform lediglich eine kurzfristige marktwirtschaftliche Hilfe darstelle. Zudem berge sie ein hohes Risiko, von Unternehmern ausgebeutet zu werden, wodurch die staatlichen Ausgaben unkontrollierbar hoch würden. Auch fehle es diesem Weg an einer dynamischen Perspektive, da die Billiglohnssektoren nicht auf lange Sicht stabilisiert werden dürften, sondern durch Bildung dafür gesorgt werden müsse, dass die Bereiche, in denen zukünftiger Mangel zu befürchten sei, gestärkt würden. Daher bestehe zukünftig die vordringlichste Pflicht darin in Schul-, Berufs- und Universitätsbildung zu investieren. Das Vorhandensein qualifizierter Arbeitskräfte wirke sich enorm auf die Sozialstruktur aus. Die Binnennachfrage müsse durch eine allgemeine Versicherung im Sozialbereich und durch höhere Löhne gesteigert werden; vor allem die Bildung dürfe nicht unterschätzt werden, da nur durch sie die Schaffung zukunftsgerichteter Arbeitsmärkte, Arbeitsplätze und Arbeitskräfte gewährleistet sei, um den Menschen in dieser unübersichtlichen Welt Orientierungsmöglichkeiten zu bieten. Auf diese Weise werde es möglich das zu finden, was mit „in varietate concordia“ gemeint sei. Es bedürfe einer sensiblen Unterscheidung zwischen dem, was in diesem politischen Gemeinwesen an Unterschieden verbleiben dürfe, und dem, was einer Angleichung zugänglich sei, wie die gemeinsamen Grundvorstellungen von Menschenrechten und Verfassungsgrundsätzen. Das weltpolitische Verständnis der Bevölkerungen für diese Vorgänge könne allein durch Bildung gestärkt werden, was im Hinblick auf den internationalen Friedensaspekt unerlässlich sei.

Der **Vorsitzende** dankt Sv Prof. Dr. Schwan für deren engagiertes Plädoyer und bedauert aufgrund der zeitlichen Begrenztheit der Veranstaltung die kontroversen Standpunkte von Sv Prof. Dr. Schwan und Sv MP Prof. Dr. Milbradt nicht weiter diskutieren zu können, da diese Standpunkte viele offene Fragen berührten.

Sv Prof. Lipowicz berichtet, dass sie bei Fragen zum Karlsruher Abkommen eine vermittelnde Position zwischen Polen und Deutschen einnehme. Die geäußerte Kritik, dass Polen zu sehr in den zentralstaatlichen Strukturen verharre, widerspreche den tatsächlichen Gegebenheiten. Polen habe eine starke Reformierung vorgenommen und dezentralistische Elemente über die Installierung von Kreisen und Gemeinden in die Verfassung integriert. Ein wichtiger Grund, der die Polen vor der Einführung von Ländern zurückschrecken lasse, liege in der polnischen Historie begründet. Bei den Beratungen im Verfassungsausschuss sei deutlich geworden, dass das Trauma der Teilung Polens nach wie vor tief sitze. Eine föderale Struktur sei daher für Polen auch in der Zukunft nicht denkbar. Bei der Umsetzung des Karlsruher Abkommens sei das Gegenargument der polnischen Seite, dass durch die durchgeführten 18 Projekte wesentlich weniger erreicht worden sei als durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen in der Vergangenheit. Vor diesem Hintergrund falle es ihr schwer, Argumente für die Installierung eines ineffektiven Systems zu finden. Gleichwohl gehe sie mit Sv MP Prof. Dr. Milbradt konform, dass die Adria-Ostsee-Achse gestärkt werden müsse. Dies sei ein Postulat der polnischen Seite im Rahmen der Regierungskommission gewesen. Die deutsche Seite habe jedoch die Stärkung des Verkehrskorridors in der Europäischen Union zwischen Norden und Osten beziehungsweise Norden und Süden abgelehnt, wohingegen Polen als Gegenleistung bereit sei, den Antrag für den Ausbau des West-Ost-Korridors zu unterstützen. Die Selbstverwaltungskörperschaften auf beiden Seiten hätten versucht beide Vorschläge zu koppeln. In dieser Frage bestehe demnach große Übereinstimmung. Zur Frage der Flexibilität der Arbeitskräfte entgegnet Sv Prof. Lipowicz auf die Ausführungen von Sv MP Prof. Dr. Milbradt, dass sie in Zeiten, in denen auch aufgrund deutschen Kapitals 150.000 Bergbauarbeiter und 70.000 Stahlarbeiter die Arbeit verloren hätten, dreimal von Oberschlesien als Abgeordnete direkt gewählt worden sei. In diesen Zeiten mit den Menschen zusammenzutreffen und eine sichere Perspektive des Beitritts zur Europäischen Union zu vermitteln, sei äußerst schwierig gewesen.

Nunmehr spreche sie zur Elite Bundesrepublik Deutschland und mache diese darauf aufmerksam, dass Eliten Pflichten hätten. Alle Analysen zeigten, dass die Menschen, Parteien und

Politiker, die Barrieren für die Arbeitnehmerfreizügigkeit errichteten, die Delokalisierung stärkten. Die niedrig qualifizierten Arbeiter Polens leisteten schlichtweg gute Arbeit. Sie wolle auf Inserate in der aktuellen Ausgabe einer polnischen Zeitung hinweisen, in der von australischen Arbeitgebern um polnische Lastwagenfahrer und von Isländern um polnische Arbeiter geworben werde. Abgedruckt sei auch ein Brief des Vorsitzenden des niedersächsischen Spargelbesitzerverbandes, in dem er beklage, dass die neuesten Regulierungen gegen die 270.000 polnischen Saisonarbeiter den Interessen der deutschen Wirtschaft zuwiderlaufen würden, da alle Versuche, die deutschen Arbeitslosen bei der Spargelernte zu beschäftigen erfolglos geblieben seien. Nach einem Treffen mit Bundeskanzler Schröder und den Ministerpräsidenten der Länder in der vergangenen Woche sei die Errichtung einer Arbeitsgruppe zur Erforschung dieser Frage beschlossen worden. Da in der Ukraine nur ein Fünftel der polnischen Löhne gezahlt werde, finde eine Arbeitsplatzverlagerung nach China, Weißrussland, Russland und die Ukraine statt, wohingegen kleine und mittelständische Unternehmen vor Ort blieben. Darum müssten diese gestärkt werden, da diese Arbeitsplätze das Steueraufkommen sicherten. Zwar könne von Polen verlangt werden die Steuern zu heben, aber sie sehe aus deutscher Sicht nicht den Sinn dieser Forderung. Polen habe ein großes Interesse daran, Nettozahler zu werden und nicht ewig auf die Subventionen angewiesen zu sein. Polen sei skeptisch gegenüber den slowakischen Reformvorschlägen gewesen, als sich aber gezeigt habe, dass die Steuereinnahmen mit niedrigen Steuersätzen höher gewesen seien als mit hohen Steuersätzen, habe Polen diese Reform akzeptiert. Denn es gehe darum, das Finanzvolumen des Staates zu sichern, damit dieser soziale Politik betreiben könne. Es sei äußerst kompliziert den Polen deutsche Politik verständlich zu machen. In der Vergangenheit sei die Wertschätzung der Deutschen bei den Polen stets gestiegen. Seit die polnischen Arbeiter zum Sündenbock der deutschen Ängste erklärt würden, sei es politisch kompliziert geworden, das positive Bild der Deutschen bei den Polen aufrechtzuerhalten. Jeder ungerechte Artikel in diversen deutschen Tageszeitungen werde in Polen registriert. Aufgrund der demographischen Entwicklung Polens verbleibe nur noch kurze Zeit ein Überschuss polnischer Arbeitskräfte, so dass es nach dem Ablauf der Übergangsfrist in fünf Jahren, wenn Deutschland möglicherweise um polnische Arbeiter werbe, keine mehr geben werde. Wegen dieser Entwicklung müsse sich Deutschland die Frage stellen, ob es sich lohne, das eigene Image bei den Polen nachhaltig zu beschädigen. Sv Prof. Lipowicz erklärt, von deutschen Beamten, die Mitglieder des Teams zur Bekämpfung der Schwarzarbeit seien, um Intervention ersucht worden zu sein, da diese sie darauf aufmerksam gemacht hätten, dass die Art und Weise, in der polnische Ar-

beiter während der Kontrollen behandelt würden, unverantwortlich sei. Sie habe diese Bitte aufgegriffen und nunmehr sechs E-mails der Beamten erhalten, worin diese berichteten, dass deren Intervention persönliche Konsequenzen nach sich gezogen habe, sie aber der Ansicht seien richtig gehandelt und zwischen Zivilcourage und blindem Gehorsam unterschieden zu haben. Im Rahmen des Weimarer Dreiecks sei festgestellt worden, dass die Viadrina ein Schatz sei, der erhalten bleiben müsse. Die Ukraine habe großes Interesse daran, nach der „Viadrina“-Methode die gemeinsame Erziehung der Eliten auszubauen. Im polnischen Ministerium gebe es eigens eine Weimar-Beauftragte. Auf die Fragen von Abg. Jürgen Türk (FDP), Abg. Rainer Fornahl (SPD) und Abg. Hans-Jürgen Uhl (SPD) sei zu sagen, dass die Interessen Deutschlands und Polens sehr gleichförmig seien, es aber an einer Kooperation der Gewerkschaften mangle. Die Kontakte mit den Gewerkschaften seien nicht ausreichend, so dass sie vorschläge, einen runden Tisch mit polnischen und deutschen Gewerkschaften in Anwesenheit von Sv Prof. Dr. Schwan und ihr zu organisieren, um die konkreten Interessen der Arbeitnehmer wahrnehmen zu können. In Polen werde dies sehr ernst genommen und so hätten polnische Arbeitnehmer in Gleiwitz gestreikt, um die Arbeitsplätze der deutschen Arbeitnehmer im deutschen Opelbetrieb zu sichern. Die Polen hätten Verständnis, dass sie ihre Arbeitsplätze nicht auf Kosten der deutschen Arbeitnehmer übernehmen könnten. Dies müsse anerkannt werden, so dass sie appelliere gemeinsame, langfristige Interessen zu verfolgen, ohne die Menschen gegeneinander auszuspielen. Zu viel Selbstkritik sei aber auch nicht förderlich. Europa und dessen Peripherien wandelten sich und würden lebendiger als in der Vergangenheit. Es werde zu wenig beachtet, dass Deutschland, Frankreich und Polen als Kern Europas wegen der wirtschaftlichen Entwicklung in Schwierigkeiten kommen würden. In dem gemeinsamen Bestreben, diese Schwierigkeiten zu überwinden, liege die wahre Grundlage des Weimarer Dreiecks. Es sei kein Zufall, dass die Peripherie des Kontinents blühe und das Zentrum in Schwierigkeiten komme, die historisch begründet seien. Die Überwindung dieser Schwierigkeiten liege im gemeinsamen Interesse Deutschlands und Polens.

Der **Vorsitzende** dankt Sv Prof. Lipowicz und bittet Sv Prof. Dr. Inotai auf die ihm gestellten Fragen einzugehen.

Sv Prof. Dr. Inotai erklärt, dass die Leitlinie, an der sich die Europäische Union zu orientieren habe, die Wettbewerbsfähigkeit sei. Skandinavien gebe ein gutes Beispiel dafür, wie soziale Modelle und Wettbewerbsfähigkeit miteinander in Einklang gebracht werden könnten.

Eine aufoktroierte soziale Harmonisierung werde die Europäische Union schwächen. Von Nöten sei vielmehr ein Vertiefungskurs in Europa. Bislang sei jede Erweiterung in einen bereits begonnenen Vertiefungskurs eingebettet gewesen. Die gegenwärtige Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten finde erstmalig ohne Programm statt. Gemeinsame politische Konzepte in Fragen der Migration, der Demographie, welche ein entscheidendes europäisches Problem darstelle, und in der Außenpolitik müssten entwickelt werden. Alles Weitere werde von den Märkten hervorgebracht. Mit der Währungsunion seien Fragen aufgekommen, die von unten nach oben gelöst werden müssten. Auch die Angleichung der Löhne werde erfolgen, ohne dass es staatlicher Regulierungen bedürfe. Bereits gegenwärtig führe das hohe Wachstum und die Aufwertung der nationalen Währungen in den neuen Mitgliedstaaten zu steigenden Löhnen.

Es gebe zwischen Ungarn, Rumänien und Serbien eine Zusammenarbeit der Grenzregionen. Die neuen Grenzregionen der Europäischen Union hätten ganz unterschiedliche Charakteristika, denn teilweise würden entwickelte Regionen aufeinander treffen, in anderen Fällen gebe es Entwicklungsgefälle, die einen „spill-over-Effekt“ hervorriefen. Strukturschwache Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit wie Südpolen, die Ostslowakei und der Nordosten Ungarns benötigten ein anderes Modell und es könne nicht versucht werden, ein und dasselbe Modell auf die unterschiedlichen Grenzregionen anzuwenden. Restriktive Regelungen forcierten illegale Umgehungen, was aber grundsätzlich immer von zwei Seiten abhingen, so dass der illegale Arbeitnehmer auch immer einen Arbeitgeber haben müsse. Es werde verständlicherweise immer von den Interessen der Arbeitnehmer gesprochen, aber nie von den Interessen der Verbraucher. Der Verbraucher ziehe großen Nutzen aus dem stärkeren Wettbewerb. Da es aber an einer Verbraucherlobby in der Politik mangle, werde dieser Aspekt nicht ausreichend berücksichtigt. Dienstleistungen machten in Ungarn mit 66 % den höchsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt unter den mittel-/osteuropäischen Ländern aus. Er erwarte, dass eine größere Dynamik beim Handel mit Dienstleistungen entstehe als sie bei dem Warenhandel existiere. Die Unternehmensbesteuerung stelle lediglich ein Element der Wettbewerbsfähigkeit dar. Er habe der ungarischen Regierung geraten, nicht in eine „slowakische Sackgasse“ zu laufen, da die Mitgliedstaaten strukturell zu unterschiedlich seien. Die ungarische Konkurrenzfähigkeit bei Fragen des Auslands- und Innenkapitals seien unterschiedlich und die Absorptionsfähigkeit des Auslandskapitals hänge nicht von der Höhe der Körperschaftssteuern ab. Auch in der Europäischen Union der 15 Mitgliedstaaten habe es bereits unterschiedliche Besteuerungssätze gegeben. Das Wort „Sozialdumping“ gebrauche er nur ungern, da aber von Dumping

die Rede sei, schlage er vor über Flexibilitäts-, Innovations-, Wettbewerbs- und Bildungsdumping in der Europäischen Union zu diskutieren.

Um die Finanzierung der Europäischen Union sinnvoll regeln zu können, müssten die Mitgliedstaaten zunächst ein Konzept entwickeln, welcher Art die Europäische Union sein solle. Nach der Erweiterung benötigten mehr Länder finanzielle Unterstützung, wohingegen die alten Mitgliedstaaten, die Unterstützungen erhalten hätten, nicht gewillt seien, diese aufzugeben; obwohl es zahlreiche neue Aufgabenfelder gebe, weigerten sich die Nettozahler höhere Zahlungen zu leisten. Das große Problem der Europäischen Union liege nicht in der „1 %-Forderung“ der Nettozahler im Rahmen der Finanziellen Vorausschau 2007 bis 2013. Wenn die Europäische Union wettbewerbsfähig und von weltpolitischer Bedeutung sein wolle, brauche sie ein Budget, welches drei bis vier Mal höher sein müsse als das eine Prozent, von dem derzeit die Rede sei. Das bundesdeutsche Paradoxon habe über Jahrzehnte gezeigt, wie ein wirtschaftlicher Riese ein politischer Zwerg sein könne. Ein solches Paradoxon könne sich die Europäische Union nicht erlauben. Die Europäische Union werde entweder in zehn Jahren an politischer Bedeutung gewinnen oder im globalen Wettbewerb ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Sv Prof. Dr. Inotai bemerkt abschließend, dass im nächsten Finanzrahmen transnationale, länderübergreifende Infrastrukturprojekte insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten angelegt werden müssten. Alles, was bislang bei den trans-europäischen Netzwerkprojekten erkennbar gewesen sei, sei eine Verlängerung der westeuropäischen Infrastruktur mit Korridoren nach Osteuropa gewesen. Benötigt würden Nord-Süd-Korridore in den neuen Mitgliedstaaten, weil alleine auf diese Weise den Investoren geholfen werden könne. Wegen seiner geografischen Lage, der kulturellen, historischen und wirtschaftlichen Stärke werde Deutschland mehr profitieren als andere Mitgliedstaaten. Dies sei der einzige Weg, nationale Prestigeprojekte zu unterbinden und den Nachbarn der Europäischen Union ein klares Zeichen zu setzen, dass auch sie in dieses Projekt eingebunden würden. Auf diese Weise würden die gegenwärtigen Engpässe in den Verhandlungen unterbunden und er sehe keine andere Möglichkeit als den neuen Nettoempfängern die erheblichen Summen, die sie benötigten, zukommen zu lassen und bei den bisherigen Nutznießern zu streichen.

Der **Vorsitzende** dankt Sv Prof. Dr. Inotai für dessen großes Engagement und bittet Sv Prof. Dr. Troge zu den umweltpolitischen Fragen Stellung zu nehmen.

Sv Prof. Dr. Troge bemerkt, dass es zahlreiche finanzielle Förderungen gebe, die die Kompensation der falschen Regelsezung der Vergangenheit darstellten. Ein Beispiel sei die zweite Säule der europäischen Agrarpolitik, in welcher die Unterstützung der ländlichen Räume geregelt sei. Diese stelle eine Folge der falschen Agrarpolitik der vergangenen 30 Jahre dar. Um die ländlichen Räume am Leben zu erhalten und stärker mit Leben und Wirtschaftskraft auszustatten, müssten Gelder zur Verfügung gestellt werden; gerade in diesem Bereich werde jedoch diskutiert, woher das Geld genommen werden solle. Vor dem Hintergrund der rückläufigen Bevölkerungsentwicklung stehe die Frage im Raum, wie in Zukunft die ländlichen Räume erhalten werden könnten. Die regionale Wirtschaftsförderung der Europäischen Union, der Mitgliedstaaten und der Bundesländer werde in einer Form betrieben, die die Problem der Zukunft auslöse. Solange Exportquoten Finanzierungsvoraussetzung für die regionale Wirtschaftsförderung seien, würde Verkehr induziert und die Räume weiter zersiedelt und in spätestens 30 Jahren werde die Frage aufkommen, wie die in die Fläche ausgestrahlte Infrastruktur, die Versorgung und der Verkehr finanzierbar seien. Die Kommission und der Europäische Rat müssten daher den Cardiff-Prozess wieder aufgreifen und eine integrierte Politik der Teilpolitiken fahren.

Sv Prof. Dr. Görgens führt aus, dass die Anpassungsfrist bei der Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht zu lang sei, sondern noch restriktiver gehandhabt werden müsse als bisher, weil die tatsächliche Anpassungsfrist de facto länger sei. 2009 werde die Bundesregierung ein gravierendes Arbeitsmarktungleichgewicht gegenüber der Kommission konstatieren müssen. Wenn ein Protektionismus betrieben werde, dürfe nicht ausgeblendet werden, dass es zu Umlenkungseffekten komme und Wanderungen nach Großbritannien oder Irland stattfinden würden. Angesichts der auch in den neuen Mitgliedstaaten zu beobachtenden demographischen Probleme werde es schwierig, die Lücken durch Zuwanderung zu füllen. Die letzten zwei Jahre der Anpassungsfrist müssten gedanklich aus den Hinterköpfen verdrängt werden. Es sei auch zu überlegen, ob nicht eine differenziertere Vorgehensweise als die pauschale Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit vorgenommen werden könne, indem in Bereichen, in denen Arbeitskräfte wegen ihres Fachwissens oder aus Kostengründen gesucht würden, die Einstellung zugelassen werde. Dies sei derzeit sehr schwer möglich, da die Arbeitsagenturen wegen „Hartz IV“ äußerst restriktiv mit der Vergabe von Arbeitserlaubnissen umgingen. Dieses Problemfeld zeige, dass die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auch deutliche Probleme nach sich ziehe.

Ob wie vermutet durch die Dienstleistungsfreiheit ein starker Wettbewerb entstehe, bleibe abzuwarten, da bisher Dienstleistungen im internationalen Wettbewerb lediglich eine untergeordnete Rolle gespielt hätten. Vor diesem Hintergrund überrasche es nicht, dass sich zwei Drittel der Befragten von der Erweiterung der Europäischen Union nicht betroffen fühlten. Das Bau-, Reinigungs- und Innenausstattungs-gewerbe sei von der Regelung ausgenommen worden, da in diesen Bereichen eine besondere Sensibilität herrsche. Auch im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit gelte das zur Arbeitnehmerfreizügigkeit Gesagte, was bedeute, dass die Betriebe eigenständige Anpassungslösungen bieten könnten. Es sei zu bedenken, dass das Arbeitsmarktproblem in großem Umfang ein Problem der Geringqualifizierten sei, so dass sich die Frage stelle, was auf betrieblicher Ebene geschehen könne. Die Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten sei das Resultat einer sozial-, bildungs- und tarifpolitischen Fehlsteuerung, so dass Deutschland diesbezüglich Weltmeister innerhalb der OSZE sei. Kürzere oder längere Anpassungsfristen beseitigten das Problem nicht, weshalb nichts an dem von Sv MP Prof. Dr. Milbradt aufgezeigten Weg vorbeiführe. Der Einwand von Sv Prof. Dr. Schwan treffe im Kern zu; es werde sicherlich Mitnahmeeffekte geben, diese seien aber durch degressive Staffelung der Lohnsubventionen kontrollierbar. Zur Geschwindigkeit der Erweiterung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wage er keine Prognose, da die Länder die Konvergenzkriterien erfüllen müssten und im Vorfeld bekannt sei, dass diese Kriterien häufig in den einzelnen Ländern nicht ganz konsequent durchgesetzt worden seien, so dass sich nunmehr die Frage stelle, wie dieser „großzügige“ Umgang mit den Kriterien politisch zu behandeln sei. Sv Prof. Dr. Görgens empfiehlt den Beitrittsländern im eigenen Interesse Vorsicht zu üben, da die aufholenden Länder in den Aufholprozessen höhere Inflationsraten als die entwickelten Länder hätten, was dazu führe, dass diese Länder, sobald sie in das Euro-System eingebunden seien, keine Wechselkursänderungen mehr hätten und folglich Exportprobleme bekommen könnten. Daher plädiert Sv Prof. Dr. Görgens Vorsicht walten zu lassen, und nicht zu versuchen, so schnell wie möglich der Wirtschafts- und Währungsunion beitreten zu wollen.

Sv Beck markiert zum Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit eine Gegenposition und warnt davor, den Liberalismus, der aus den bisherigen Statements hervorgegangen sei, zu übertreiben. Die Zustimmung der Bevölkerung zu diesen Prozessen habe entscheidende Bedeutung für die Frage, wie groß das Wählerpotential für rechtsradikale Gruppierungen werde. Diesen Zusammenhang zu vernachlässigen halte er für gefährlich. Angesichts fünf Millionen Arbeitslo-

ser müsse ein vorsichtiger Umgang mit diesen Fragen geübt werden. Der DGB habe in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass bestimmte Bereiche entbürokratisiert werden könnten. Auf diesem Weg sei es möglich für bestimmte Felder Lösungen zu finden. Gleichzeitig müssten die Fristen genutzt werden, um Regelungen wie beispielsweise das Entsendegesetz durchzusetzen. Durch das Entsendegesetz werde verhindert, dass im Nachgang der Öffnung von Arbeitsmärkten in der Europäischen Union Schwierigkeiten entstünden. Diesbezüglich sei Deutschland defizitär, so dass er für eine Ausdehnung des Entsenderechts auf alle Branchen werbe. Auch die Förderung des sozialen Dialogs in anderen Ländern müsse weiter fortgesetzt werden, wobei Branchenanalysen erforderlich würden, um die für die einzelnen Branchen geeigneten Maßnahmen feststellen zu können. Zu dem Thema Saisonarbeit müsse er anmerken, dass es verfehlt sei, alles, was verbreitet werde, nachzubeten, da die bestehende Regelungen nicht zuletzt dazu dienten, Beiträge für die polnische Sozialversicherung einzuziehen. Die Beiträge beruhten auf europäischem Recht, welches nicht beliebig außer Kraft gesetzt werden könne. Daher müssten die Klagen der deutschen Spargelbauern kritisch hinterfragt werden. Die gefundene Lösung bei den Übergangsregelungen dürfe nicht zerredet werden. Entsprechendes gelte auch bei der Umgehung der Regelungen zur Dienstleistungsfreiheit, bei der Menschen unter deren Deckmantel illegale Arbeitnehmerüberlassung betrieben, was nahe an organisierte Kriminalität grenze. Diese Bereiche seien streng voneinander zu trennen.

Gerne erkläre er sich zu einem Dialog mit den deutsch-polnischen Gewerkschaften bereit. Im Bereich der Unternehmensbesteuerung wolle er lediglich darauf hinweisen, dass angesichts zunehmender europäischer Unternehmensformen die Art und Weise der Unternehmensbesteuerung geregelt werden müsse. Dabei gehe es nicht um einen europäischen Standortwettbewerb, sondern darum zu verhindern, dass ein Unternehmen gar keine Steuern zahle. Der DGB stehe den vorgeschlagenen Lohnsubventionen mit großer Ablehnung gegenüber, da diese dazu führten, dass dem Staat das Geld ausgehe, während Unternehmen die Situation ausnutzten, zumal es eine Beihilferegelung über Lohnsubventionen gebe, die er dringend anrate einzusehen.

Der **Vorsitzende** begrüßt, dass Sv Beck beim Thema Saisonarbeitskräfte das „audiatur et altera pars“ angesprochen hat, da dies gelegentlich übersehen werde, und das Problem, dass vielerorts mit fragwürdigen Dienstleistern an der Grenze der Legalität Schindluder getrieben werde, aufgezeigt habe. Damit sollten nicht die polnischen Arbeitnehmer diskreditiert wer-

den. Es müsse ein Unterschied zwischen anständigen Menschen, die sich für wenig Geld engagierten, und denen, die Strukturen aufbauten, die zur Umgehung europäischer Rechtsvorschriften dienten, gemacht werden.

Anknüpfend an die Anmerkung des Vorsitzenden zur Dienstleistungsfreiheit weist **Sv Welschke** darauf hin, dass er bereits eingangs eingeräumt habe, dass Missbrauch betrieben werde, er aber dafür plädiere „nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten“. Es müsse eingesehen werden, dass auch im Bereich der Dienstleistungen Wettbewerb notwendig sei, wenn Deutschland im internationalen Maßstab seine Wettbewerbsfähigkeit erhalten wolle. Der BDI befürworte das Herkunftslandprinzip. Es gebe keinen Grund, den Rechtsordnungen in den Beitrittsländern zu misstrauen. Die Widerstände gründeten häufig auf Missverständnissen im Hinblick auf die Möglichkeiten der Beitrittsländer ihre eigene Dienstleistungswirtschaft zu regulieren. Bei dem Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit dürfe Deutschland nicht zu stark in defensive Reaktionen verfallen. Unbestritten sei, dass sich die Bevölkerung Sorge und mit großer Sorgfalt Missverständnisse ausgeräumt werden müssten. Es sei bekannt, dass die Werksvertragskontingente bisher nicht ausgeschöpft worden seien, die Saisonarbeiterzahl in Deutschland zurück gehe und das Migrationspotential wesentlich geringer sei als befürchtet. Daher müsse schwerer Schaden, der auch zu Lasten der deutschen Industrie gehe, die ein Interesse daran habe, Fach- und Führungskräfte in den Beitrittsländern wie auch in Deutschland zu beschäftigen, abgewendet werden. Abg. Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) habe angesprochen, dass es einzig um die Frage gehe, ob die Umsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit früher oder später erfolgen werde. Sv Welschke befürwortet eine schnelle Umsetzung, da bekannt sei, dass nach 2010 in Deutschland die Bevölkerungsentwicklung einen erheblichen Einfluss auf den Arbeitsmarkt haben werde. Beim Thema Steuerwettbewerb unterstreiche er vieles, was Abg. Hans-Jürgen Uhl (SPD) angeführt habe. Wenn die deutsche Investitionsgüterindustrie davon profitiere, dass die Automobilindustrie in die Slowakei investiere, sei dies zu begrüßen, wobei zu hoffen sei, dass der Profit nicht einzig daher rühre, dass es sich überwiegend um deutsche Unternehmen handele, sondern daher, dass die attraktivsten Produkte angeboten würden. Es genüge nicht alleine die Ansiedelung kleiner und mittlerer Unternehmen anzustreben. Der Fokus müsse sich auch auf große Unternehmen richten, da diese häufig Systemführer seien. Daher müssten die Lohnzusatzkosten gesenkt und Überlegungen zu dem Steuersystem und den Arbeitsmärkten angestellt werden. Der BDI plädiere für eine gemeinsame Bemessungsgrundlage, wobei es keine Lösung dar-

stelle, die Steuersätze im Sinne einer Mindeststeuer nach oben oder unten zu begrenzen. Es müsse im zwischenstaatlichen Bereich einen gewissen Wettbewerb geben, der nicht durch zu viele Restriktionen begrenzt werden dürfe. Zur Anmerkung von Abg. Hans-Jürgen Uhl (SPD), dass es seltsam sei, dass die Slowakei derart niedrige Steuersätze habe, ihr Steuereinkommen steige und sie auf der anderen Seite Subventionen der Europäischen Union erhalte, sei anzuführen, dass diese Bereiche nicht miteinander vermischt werden dürften, da es sich nicht um reine Subventionen handele. Es müssten nicht überall in der Europäischen Union geringe Steuersätze angestrebt werden, aber ein gewisses Maß an Wettbewerb sei wichtig, um die öffentlichen Haushalte unter Kontrolle zu halten.

Der **Vorsitzende** dankt den Damen und Herren Sachverständigen für die überzeugenden Ausführungen und die schriftlichen Darlegungen, die der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union in der weiteren Arbeit hervorragend nutzen könne.

Ende der Sitzung: 13.50 Uhr

Matthias Wissmann, MdB
Vorsitzender